

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 5. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage	VII
Aus dem Vorwort zur 2. Auflage	VII
Aus dem Vorwort zur 3. Auflage	VIII
Aus dem Vorwort zur 4. Auflage	VIII
Bearbeiterverzeichnis	IX
Inhaltsübersicht	XIII
Abkürzungsverzeichnis	LIX
Verzeichnis abgekürzt zitierter Literatur	LXXIII

Allgemeines

1. Kapitel. Die Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts in der Bundesrepublik Deutschland

A. Einführung	14
B. Begriff der Wirtschaftskriminalität und des Wirtschaftsstrafrechts	16
I. Klassische Definition und ihre Fortentwicklung	17
II. Strafprozessual-kriminaltaktisch orientierte Begriffsbildung des § 74c GVG	18
III. Orientierung an der besonderen Sozialschädlichkeit	19
IV. Orientierung am Rechtsgüterschutz	19
V. Instrumente des Wirtschaftsverkehrs als Schutzobjekte	20
C. Kriminologische Aspekte der Wirtschaftskriminalität	20
I. Struktur der amtlich registrierten Wirtschaftskriminalität	20
II. Materielle Schäden und Schadensschätzungen	21
1. Schadenshöhe der registrierten Kriminalität	21
2. Schadensschätzungen	22
3. Schäden durch Sog- und Spiralwirkung und durch Begleitkriminalität	23
III. Entstehungszusammenhänge der Wirtschaftskriminalität und Sozialprofil des Wirtschaftsstraftäters	25
IV. Steuermoral und Steuerhinterziehung	25
V. Aufklärungs- und Strafverfolgungsprobleme bei Wirtschaftsstraftaten ..	26
1. Zur Bedeutung der Anonymität von Wirtschaftsdelikten für ihre Verfolgung und Aufdeckung	26
2. Aufklärungsquote bei Wirtschaftsdelikten	27
3. Spezifische Aufklärungsprobleme bei Wirtschaftsdelikten	28
VI. Auswirkungen spezieller Regelungen des Allgemeinen und des Besonderen Teils des Strafrechts auf die Strafverfolgung	31
1. Regelungen des Allgemeinen Teils und ihre Auswirkung auf die Strafverfolgung	31
2. Regelungen des Besonderen Teils und ihre Auswirkung auf die Strafverfolgung	38
VII. Erledigung von Wirtschaftsstrafverfahren	39
1. Empirische Untersuchungen	39
2. Absprachen über strafrechtliche Entscheidungen	40
VIII. Kriminalpolitische Forderungen zur Verbesserung der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität	41

D. Zur geschichtlichen Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts	43
I. Entwicklung des deutschen Wirtschaftsstrafrechts bis zum Jahre 1945 ..	43
II. Aufbau des Wirtschaftsstrafrechts nach dem 2. Weltkrieg	44
III. Einführung und Fortentwicklung des Ordnungswidrigkeitenrechts	46
1. Entkriminalisierung des Strafrechts durch Umwandlung in Ordnungswidrigkeiten	46
2. Ausweitung des Anwendungsbereichs des Ordnungswidrigkeitenrechts	46
3. Sanktionen des Ordnungswidrigkeitenrechts	47
4. Allgemeiner Teil des Ordnungswidrigkeitenrechts	48
5. Verletzung der Aufsichtspflicht in Betrieben und Unternehmen	48
6. Einführung von Sanktionen gegen Verbände	50
IV. Die neuere Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts	53
1. Änderungen des materiellen Wirtschaftsstrafrechts – Überblick über die Reformgesetze	53
2. Reformen im Bereich der Bußgeldverhängung gegen juristische Personen und Personenvereinigungen	75
3. Änderungen des Strafprozessrechts	79
E. Offene Grundsatzfragen der Wirtschaftskriminalität und des Wirtschafts- strafrechts	81
F. Criminal Compliance	82

2. Kapitel. Die Entwicklung des Wirtschaftsstrafrechts unter dem Einfluss des Europarechts

Einführung	95
A. Harmonisierungsbestrebungen auf dem Gebiet des Wirtschafts- und Verwaltungsstrafrechts	96
I. Entwicklung der europäischen Einigung von der Gründung der EGKS bis hin zum Vertrag über eine Verfassung für Europa	96
1. Gründungsverträge	96
2. Einheitliche Europäische Akte	97
3. Maastrichter Vertrag	97
4. Amsterdamer Vertrag	97
5. Vertrag von Nizza und Charta der Grundrechte	98
6. Vertrag über eine Verfassung für Europa	99
7. Vertrag von Lissabon	100
8. Problematische Tendenzen der europäischen Gesetzgebung mit Strafrechtsbezug	102
9. Beitritt der EU zur EMRK und zu ausgewählten Zusatzprotokollen	102
II. Verbindung der Europäischen Gemeinschaft und der EFTA-Staaten zu einem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR)	103
III. Räumliche Erweiterung der Europäischen Union	104
1. Assoziierung und Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder sowie Maltas, Zyperns und der Türkei	104
2. Partnerschafts- und Zusammenarbeitsabkommen mit weiteren Staaten	105
3. Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU (Brexit)	105
IV. Europa als kriminalgeographischer Raum	105
1. Entstehung eines kriminalgeographischen Raumes	105
2. Notwendigkeit einer Annäherung der nationalen Strafrechtsordnungen	105

V. Überblick über die Bedeutung des Europarechts für das Straf- und Sanktionenrecht	107
1. Begriff des Europarechts	107
2. Einfluss des Europarechts auf das Straf- und Sanktionenrecht	107
3. Einfluss der OECD auf das Straf- und Sanktionenrecht	112
4. Einfluss der Europäischen Union auf das Straf- und Sanktionenrecht	112
B. Die Bedeutung des Unionsrechts für das nationale Wirtschaftsstrafrecht	141
I. Kompetenzen der Europäischen Union auf dem Gebiet des Kriminalstrafrechts	141
1. Rechtssetzung der EU	141
2. Rechtssetzung im Rahmen der intergouvernementalen Zusammenarbeit	149
3. Kompetenzen zur Bekämpfung von Betrug zum Nachteil der Europäischen Union	150
II. Bußgeldkompetenz der Europäischen Union aufgrund primärrechtlicher Regelungen	152
1. Europäisches Kartellrecht	152
2. Die vom Gerichtshof und dem Gericht erster Instanz zu verhängenden Geldbußen	155
3. Weitergehende Bußgeldkompetenzen	155
III. Kompetenz zur Einführung und Verhängung sonstiger repressiver Verwaltungssanktionen	155
1. Strafbzuschläge und Verfall von Sicherheiten	156
2. Subventionskürzungen, Abzüge und Subventionssperren	157
3. Allgemeiner Teil für ein Europäisches Verwaltungssanktionenrecht ..	158
IV. Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Sanktionierung der Verletzung des Unions- bzw. Gemeinschaftsrechts	158
1. Verpflichtung der Mitgliedstaaten zum Erlass von Sanktionsnormen ..	158
2. Inhalt der Richtlinien und Verordnungen, die zum Erlass von Strafnormen verpflichten	161
V. Ausdehnung des Anwendungsbereichs der nationalen Strafrechtsordnungen (Assimilierungsprinzip)	162
1. Verweisungsnormen im primären Gemeinschaftsrecht	162
2. Verweisungsnormen im sekundären Gemeinschaftsrecht	163
3. Ausdehnung des Schutzes nationaler Vorschriften auf Rechtsgüter der Europäischen Union	163
VI. Bedeutung der Grundsätze des Unionsrechts für das nationale Strafrecht, Anwendungsvorrang und EuGH-Judikatur	164
1. Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit (Art. 6 EUV; Präambel GR-Charta)	164
2. Unionsrechtliche Grundsätze und ihre Auswirkungen auf die Anwendung nationalen Strafrechts	178
3. Grundfreiheiten und ihre Auswirkungen auf die Anwendung nationalen Strafrechts	180
4. Unmittelbare Wirkungen von Richtlinien auf das Strafrecht	183
5. Einschränkung von unions- und gemeinschaftsrechtlichen Gewährleistungen bei Missbrauch	184
6. Scheinkollisionen des nationalen Strafrechts mit dem Unionsrecht ..	186
7. Auswirkungen der EuGH-Judikatur auf strafrechtliche und steuerstrafrechtliche Fragen	188

VII. Unions- und gemeinschaftsrechtskonforme Auslegung	197
1. Gemeinschaftsrechtskonforme Auslegung des gesamten nationalen Rechts	197
2. Unionsrechtskonforme Auslegung des nationalen Strafrechts	197
VIII. Anwendung nationaler und europäischer Grundrechtsstandards	199
1. Grundrechtsstandards bei Durchführung von Unionsrecht	199
2. Grenze der Verfassungsidentität	200
3. Unanwendbarkeit nationaler Schutzstandards	202
4. Harmonisierung als Kriterium für Grundrechtsstandards	205
IX. Ausweitung der nationalen Straf- und Bußgeldvorschriften auf Verstöße gegen das Unions- und Gemeinschaftsrecht durch Blankettstrafgesetze ..	207
C. Bekämpfung von Unregelmäßigkeiten zu Lasten des Haushalts der Europäischen Union	208
I. Strafrechtlicher Schutz der Finanzinteressen der Europäischen Union ..	209
1. Schutz der Gemeinschafts-/Unionseinnahmen	209
2. Schutz der Gemeinschafts-/Unionsausgaben	210
3. Zuständigkeit für die Verfolgung von Unregelmäßigkeiten zu Lasten des EG/EU-Haushalts	217
II. Schutz der Finanzinteressen der Europäischen Gemeinschaften/Union durch Verwaltungssanktionen und Kontrollmaßnahmen der Kommission	221
1. Verordnung Nr. 2988/95 über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften	221
2. Verordnung Nr. 2185/96 des Rates vom 11.11.1996 betreffend die Kontrollen und Überprüfungen vor Ort durch die Kommission zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften vor Betrug und anderen Unregelmäßigkeiten	222
D. Europäische Zusammenarbeit bei der Kriminalitätsbekämpfung in der EU – Bedeutung der ehemaligen „dritten Säule“	223
I. Internationale Zusammenarbeit zur Kriminalitätsbekämpfung im Rahmen der Konsultationsgruppen TREVI	223
1. Arbeitsgruppen TREVI	224
2. Bedeutung der Arbeitsgruppen TREVI für die intergouvernementale Zusammenarbeit	224
II. Zusammenarbeit im Rahmen der Schengener Abkommen	225
1. Übereinkommen betreffend den schrittweisen Abbau der Grenzkontrollen an den gemeinsamen Grenzen vom 14.6.1985	225
2. Durchführungsübereinkommen vom 19.6.1990 zum Übereinkommen betreffend den schrittweisen Abbau der Grenzkontrollen an den gemeinsamen Grenzen (SDÜ)	225
3. Vergemeinschaftung des Schengenbesitzstandes	226
4. Prümmer Vertrag (Schengen III) und Wiedereinführung von Kontrollen	227
III. Internationale Kooperation im Rahmen der Polizeilichen und Justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen	227
1. Einbindung der Kriminalitätsbekämpfung in die „dritte Säule“	227
2. Europäisches Polizeiamt (Europol)	228
3. Eurojust	230
4. Europäisches Justitielles Netz (EJN)	231
E. Beteiligung des EuGH bei der Anwendung des europarechtlich determinierten Straf- und Strafverfahrensrechts	232
I. Rechtsschutz durch den EuGH zur Sicherstellung der Vorgaben des Unions- und Gemeinschaftsrechts	232
II. Rechtsschutz durch den EuGH im intergouvernementalen Bereich	233

3. Kapitel. Internationales Wirtschaftsstrafrecht – Erfassung auslandsbezogener Wirtschaftsstraftaten

A. Einleitung	238
B. Die Einbeziehung des Schutzes ausländischer Rechtsgüter in das deutsche Strafrecht	239
I. Wirtschaftsstraftaten, auf die „allgemeine“ Straftatbestände anwendbar sind	239
II. Ausdehnung von Wirtschaftsstraftatbeständen auf den Schutz ausländischer Rechtsgüter durch „autonome“ Entscheidung des Gesetzgebers	247
III. Ausdehnung von Wirtschaftsstraftatbeständen auf den Schutz ausländischer Rechtsgüter nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaften/Union oder sonst aufgrund völkerrechtlicher Verträge	253
C. Die Erfassung von grenzüberschreitenden und im Ausland begangenen Wirtschaftsstraftaten nach dem inter(trans)nationalen Strafanwendungsrecht ..	262
I. Reichweite des Territorialitätsprinzips	262
1. Inlandsbegriff und allgemeine Bestimmung der Staatsgrenze	262
2. Inlandsbegriff und „Grenzen“ im Zusammenhang mit sog. „Verbringungstatbeständen“ (Einfuhr, Ausfuhr, Durchfuhr)	263
3. Territorialitätsprinzip (§ 3 StGB) – Ubiquitätstheorie (§ 9 StGB)	267
II. Aktives und passives Nationalitätsprinzip – Schutzprinzip	274
III. Prinzip der stellvertretenden Strafrechtspflege („aut dedere aut iudicare“)	277
IV. Universalitätsprinzip	278

Wirtschaftsstrafrecht

4. Kapitel. Allgemeine Grundsätze des Wirtschaftsstrafrechts

A. Zurechnung strafrechtlicher Pflichten	285
I. Strafrechtliche Haftung beim Handeln für Unternehmen	285
1. Straftaten mit personalem Einschlag	285
2. Strafvorschriften, die sich auf eine Amts- oder Organwalterstellung beziehen	286
3. Die allgemeine strafrechtliche Zurechnungsnorm des § 14 StGB ...	286
4. Beendigung der strafrechtlichen Verantwortlichkeit	293
5. Strafrechtliche Verantwortlichkeit des Organs in eigenen Angelegenheiten	293
II. Strafrechtliche Folgen von Gesamt- und Ressortverantwortung innerhalb von Unternehmensorganen	294
1. Strafrechtliche Beurteilung gemeinsamer Beschlussfassung	295
2. Fehlende Befassung des Gesamtorgans	296
3. Delegation an Mitarbeiter	298
4. Vorsatzanforderungen	298
5. Gremienhaftung bei Fahrlässigkeitstaten	299
6. Strafrechtliche Haftung von Aufsichtsgremien	300
III. Formen bei strafbaren Handelns in Unternehmensstrukturen	302
1. Organisationsdelikte	302
2. Beteiligung bei Sonderdelikten	305
IV. Verfassungsrechtliche Vorgaben	307
1. Untreue	307
2. Untreuevorsatz	310
3. Betrug	311

B. Spezifische Pflichten im Zusammenhang mit der Leitung von Unternehmen – Managerkriminalität	314
I. Strafrechtlich relevante Pflichtenstellungen	315
1. Interne Pflichten	315
2. Pflichten gegenüber dem Staat	327
II. Umfang strafrechtlicher Verantwortlichkeit	334
1. Einstandspflicht für die Straftaten anderer Betriebsangehöriger	334
2. Übertragene Garantenstellung – Compliance	335
C. Strafzumessung in Wirtschaftsstrafsachen	336
I. Schadensumfang	336
1. Schätzung	338
2. Schadenskausalität	339
3. Schadensbewertung	340
4. Kompensationsverbot und Schuldumfang	345
5. Umsatzsteuerkarusselle	346
6. Schuldumfang bei anderen Vermögensdelikten	347
7. Zeitmoment als Strafzumessungsfaktor	353
8. Orientierungsgrenzen bei der Strafzumessung in Steuersachen	354
II. Geldstrafe neben Freiheitsstrafe	355
III. Täter-Opfer-Ausgleich	356
IV. Sicherungsverwahrung bei Wirtschaftstätern	356
V. Sanktionen gegen juristische Personen (§ 30 OWiG)	356
1. Handeln als Vertreter oder Verantwortlicher	357
2. Anknüpfungstat	357
3. Ahndung	358
4. Verfahrensrechtlicher Zusammenhang zwischen Strafverfolgung und Festsetzung der Verbandsgeldbuße	359

5. Kapitel. Compliance

A. Compliance – materielles Recht	363
I. Einführung	363
1. Grundlagen	363
2. Begriffe	365
3. Bedeutung aus wirtschaftsrechtlicher Sicht	369
II. Gesetzliche Grundlagen	372
1. Leitungsverantwortung und Delegation	372
2. Gesetzliche Einzelpflichten	379
3. Strafrechtliche / bußgeldrechtliche Compliance	381
4. Selbstverpflichtungen	387
5. Vermeidung von zivilrechtlicher Haftung	391
B. Management der Compliance – Aufgaben	393
I. Pflichtenkreis	393
1. Pflicht zur Organisation	393
2. Pflicht zum Krisenmanagement	394
II. Ausgestaltung des Compliance-Managements	395
1. Business-Practice-Grundsätze	395
2. Risikoanalyse	396
3. Grundsätze und Maßnahmen	397
4. Notfallplanung, Krisenmanagement	397
III. Aufklärungsmaßnahmen	397
1. Einführung	397
2. Strafrechtliche Aufklärungspflicht	399

3. Kartellrechtliche Abwägungen	402
4. Grenzen der Aufklärung	404
5. Datenschutzrechtliche Vorgaben	405
6. Kapitel. Geldwäsche	
A. Vorbemerkung	415
B. Der Tatbestand der Geldwäsche nach § 261 StGB	416
I. Entwicklung	416
II. Die Regelung des § 261 StGB	417
1. die Vortat	417
2. der Tatgegenstand	417
3. die Tathandlung	419
4. der subjektive Tatbestand	419
5. Strafaufhebungs- bzw. ausschließungsgründe nach § 261 Abs. 9 StGB	420
6. Verhältnis der Geldwäsche zur Hehlerei	421
7. keine Strafbarkeit bei besonderen Berufsgruppen?	421
C. Das Geldwäschegesetz	422
D. Formen der Geldwäsche	424
I. Verdeckte Treuhandschaft	424
II. Bargeldgeschäfte	425
III. Geldwechselgeschäfte	425
IV. Geldtransfersysteme und „Elektronische Zahlungssysteme“	425
V. Underground-Banking oder Havala-Banking	425
VI. Über- oder Unterfakturierung von Rechnungen	426
VII. Loan back	426
VIII. Tarnunternehmen	426
IX. Online Gambling	426
X. Bitcoin	427
E. Die Pflichten nach dem GwG	428
I. Adressaten	428
II. Verpflichtung zu Risikomanagement und Risikoanalyse	429
III. Die Identifizierungspflicht	429
IV. Die Aufzeichnungspflicht	432
V. Die Pflicht zur internen Sicherung gegen Geldwäsche	432
VI. Die Verdachtsmeldepflicht	433
VII. Fortsetzung der Geschäftsbeziehung nach einer Geldwäscheverdachtsmeldung	435
F. Der Ablauf des Verfahrens	436
I. Die Verdachtsmeldung	436
II. Zuständigkeit und Erfassung	436
III. Einstellung des Verfahrens	437
IV. Abgabe	438
V. Verhältnis zur Finanzbehörde	438
1. Steuergeheimnis	438
2. Mitteilungspflicht nach § 15 Abs. 2 GwG	439
3. Verwendungsbefugnis	439
4. Steuerstrafverfahren	439
G. Schwierigkeiten bei der Umsetzung in der Praxis	440
I. Ausgangslage	440
II. Problemstellung	440
III. Auslandsbezug	441
IV. Erfolge des Geldwäschegesetzes	441

7. Kapitel. Organisierte Wirtschaftskriminalität

A. Einleitung	443
B. Einzelne Fallkonstellationen	445
I. Abofallen/Abmahnanwälte	445
II. Tachomanipulation	449
III. Kontoeröffnungsbetrug	452
IV. Subventionsbetrug	453
C. Fazit/Ausblick auf neue Erscheinungsformen der organisierten Wirtschafts- kriminalität („Sekundärmarkt“ von Lebensversicherungen)	455

8. Kapitel. Insolvenz – Materiellrechtlicher Teil

A. Einführung	460
I. Volkswirtschaftliche Dimensionen der Insolvenzen	460
II. Zur Insolvenzordnung	462
1. Reformentwicklung	462
2. Zielsetzung und Schwerpunkte der InsO	464
III. Insolvenzziele und Umsetzungsalternativen	467
1. Allgemeines	467
2. Das Regelinsolvenzverfahren	468
3. Der Insolvenzplan	471
4. Die Eigenverwaltung	475
5. Verbraucherinsolvenz- und sonstige Kleinverfahren	478
6. Exkurs: Die Restschuldbefreiung	480
IV. Insolvenzrecht und Strafrecht	482
1. Insolvenzstrafrecht im Spiegel der Statistik	482
2. Auswirkungen der Insolvenzrechtsreform auf das Strafrecht	486
3. Objektive Strafbarkeitsbedingung des § 283 Abs. 6 StGB	487
B. Insolvenzrechtliche Grundlagen	488
I. Insolvenzauslöser	488
1. Grundsatz	488
2. Zahlungsunfähigkeit	489
3. Drohende Zahlungsunfähigkeit	496
4. Überschuldung	499
II. Insolvenzantragspflicht	508
1. Grundsatz	508
2. Rechtsformneutrale Antragspflicht des § 15a InsO	508
3. Folgen der Pflichtverstöße	510
III. Gerichtliche Sofortmaßnahmen im Eröffnungsverfahren	511
1. Der Maßnahmenkatalog im Überblick	511
2. Sachverständigengutachten	511
3. Sicherungsmaßnahmen	511
4. Rechtsstellung des vorläufigen Insolvenzverwalters	512
5. Rechtsstellung des (vorläufigen) Sachwalters	514
IV. Entscheidung des Insolvenzgerichts	514
1. Eröffnung des Verfahrens	514
2. Abweisung mangels Masse und ihre Folgen	515
3. Bindungswirkung für das Strafrecht	516

9. Kapitel. Insolvenz – Strafrechtlicher Teil

A. Einführung	522
I. Vorbemerkung	522
II. Die gesetzlichen Grundlagen	522
1. Terminologie	522
2. Die wirtschaftliche Krise	523
III. Täterkreis	524
1. Gesetzlich Verantwortliche	524
2. Faktisch Verantwortliche	524
3. Strafrechtliche Haftung des Strohmanns	527
IV. Außerstrafrechtliche Rechtsfolgen	528
1. Inhabilität und Registersperre	528
2. Gewerberechtliche Unzuverlässigkeit	529
3. Restschuldbefreiungsverfahren	529
B. Straftaten vor Insolvenzzeröffnung	529
I. Insolvenzverschleppung	529
1. Allgemeines	529
2. Objektiver Tatbestand	532
II. Bankrott	545
1. Allgemeines	545
2. Einzelne Tatbestände des § 283 StGB	552
3. Verhältnis zu Untreue	565
4. Subjektiver Tatbestand; Versuch	566
III. Verletzung der Buchführungspflicht (§ 283b StGB)	569
IV. Gläubiger- und Schuldnerbegünstigung	570
1. Gläubigerbegünstigung	570
2. Schuldnerbegünstigung	574
V. Betrug (Lieferantenbetrug)	577
1. Allgemeines	577
2. Täuschungshandlung	578
3. Irrtum	578
4. Vermögensschaden	579
5. Vollendung	580
6. Täterschaft	580
VI. Untreue	581
1. Allgemeines	581
2. Typische Untreuehandlungen	582
3. Einverständnis und Weisungen der Gesellschafter	583
4. Vermögensschaden	584
5. Sonderfragen	586
VII. Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt	586
1. Der Arbeitgeber als Verantwortlicher	587
2. Der Sozialversicherungsbeitrag als Tatgegenstand	588
3. Das Vorenthalten als Tathandlung	588
4. Subjektiver Tatbestand	593
5. Strafbefreiende Selbstanzeige	594
6. Konkurrenzen	594
7. Notwendiger Inhalt von Anklage und Urteil	595
VIII. Sonstige Insolvenzstraftaten iW.S.	596
1. Falsche Versicherung an Eides Statt	596
2. Unterschlagung	597

3. Kreditbetrug; Wechsel- und Scheckbetrug	597
4. Steuerstraftaten	598
IX. Spezielle kriminelle Machenschaften	599
1. Die geplante oder gesteuerte Insolvenz	599
2. Firmenbestattung	600
3. Kriminelle Firmensanierer	601
C. Straftaten nach Insolvenzantrag	603
I. Straftaten im Eröffnungsverfahren	604
II. Straftaten im Zusammenhang mit Schutzschirmverfahren	604
III. Strafbares Handeln nach Insolvenzeröffnung	605
1. Der Schuldner als Täter	605
2. Der (bisherige) Geschäftsführer als Täter	607
3. Der Insolvenzverwalter als Täter	607
IV. Strafbares Handeln nach Ablehnung mangels Masse	612
1. Insolvenzstraftaten ieS	612
2. Insolvenzstraftaten iwS	613
D. Strafbarkeit von Beratern	613
I. Allgemeines	614
II. Insolvenzverschleppung	614
III. Buchführungs- und Bilanzierungsdelikte	615
IV. Bankrottdelikte und Gläubigerbegünstigung	616
V. Betrug und Untreue	616
E. Insolvenzstrafverfahren	617
I. Einleitung von Vorermittlungen und Ermittlungen	617
II. Informationsgewinnung	618
1. Handelsregistrauskünfte und -akten	618
2. Auskünfte aus dem Gewerberegister und Gewerbezentralregister ...	618
3. Regelanfragen	619
4. Auswertung der Akten des Insolvenzgerichts	621
5. Kontaktaufnahme zum Gutachter oder Insolvenzverwalter	623
III. Durchsuchung und Beschlagnahme	624
1. Allgemeines	624
2. Durchsuchung beim Schuldner	625
3. Durchsuchung bei Steuerberatern, Wirtschaftsprüfern ua	627
4. Durchsuchung beim Insolvenzverwalter	627
5. Durchsuchungen bei sonstigen Dritten	628
6. Bankermittlungen	628
IV. Zeugenanhörung und -vernehmung; Umfeldermittlungen	629
1. Schriftliche Anhörung	629
2. Vernehmung von Zeugen	630
3. Auswertung der Unterlagen; Umfang weiterer Ermittlungen	631
V. Verwertungsverbot (Beweisverwendungsverbot)	631
VI. Verfahrensrechte des Insolvenzverwalters	633
VII. Strafverfahren und Insolvenzanfechtung	633
VIII. Vermögensabschöpfung und Insolvenz(straf)verfahren	634
F. ABC des „klassischen Verteidigungsvorbringens“	635

10. Kapitel. Straftaten im Bankbereich

A. Bank- und Finanzwesen	646
I. Banken in Deutschland	646
1. Überblick	646
2. Rechtlicher Rahmen für das Kreditwesen	647

II. Bankinterne Organisation und Kontrolle	651
1. Grundsätze der Bankbetriebsführung	651
2. Internes Kontrollsystem der Banken	652
III. Strafprozessuale Besonderheiten	654
1. Allgemeines	654
2. Sachliche Beweismittel	654
3. Zeugenbefragungen und Bankgeheimnis	656
4. Entschädigung für Ermittlungsmaßnahmen	658
B. Geld- und Zahlungsverkehr	658
I. Kassengeschäfte	658
1. Bargeldgeschäfte	658
2. Edelmetall-, Wertpapier- und Devisengeschäfte	659
3. Geld und Zahlungsmittel im Strafrecht	660
II. Zahlungsverkehr und Kontoführung	663
1. Konten und Kontoverfügungen	663
2. Überweisungen	668
3. Lastschriftverfahren	670
III. Scheck- und Kreditkarten	672
1. Einführung, Übersicht	672
2. Einzelfälle	673
IV. Scheck und Wechsel	674
1. Einführung	674
2. Betrugstatbestand	675
3. Untreue durch Tolerierung einer Scheck- oder Wechselreiterei	677
C. Kreditgeschäfte der Banken	677
I. Allgemeines	677
1. Kreditbegriff, Kreditarten und Kreditrisiko	677
2. Kreditsicherheiten	682
3. Irreführende Kreditanpreisung	684
II. Manipulationen zur Erlangung eines Kredites	685
1. Kreditbetrug gem. § 265b StGB	685
2. Betrug gem. § 263 Abs. 1 StGB	689
3. Sonstige Straftaten des Kunden	692
III. Missbräuchliche Kreditgewährung	693
1. Kreditvergabepraxis	693
2. Pflichtwidrige Handlungen im Sinne der Untreue	694
3. Einwilligung in die Kreditvergabe	698
4. Schadensberechnung bei der Untreue	698
5. Kausalität und Zurechnung	701
6. Subjektive Tatseite bei Untreuehandlungen	702
7. Versuch, Vollendung, Beendigung	703
IV. Kredite in Kundenkrise und Insolvenz	703
1. Feststellung einer Insolvenzkrise	703
2. Sanierung oder Beteiligung an einer Insolvenz?	704
V. Besondere Finanzierungen	707
1. Subventionskredit	707
2. Verbraucherkredite	708
3. Kreditvermittler, Kreditwucher	709
4. Factoring	711
D. Bankspezifische Strafnormen	712
I. KWG-Tatbestände	712
1. Einführung	712
2. Unerlaubte Bankgeschäfte (§ 54 KWG)	714

3. Strafbarkeit von Bankvorständen (§ 54a KWG)	719
4. Insolvenz von Finanzinstituten (§ 55 KWG)	721
5. Unbefugte Offenbarung (§§ 55a–55b KWG)	722
6. Ordnungswidrigkeiten (§ 56 KWG)	723
II. Andere bankspezifische Straftatbestände	725
1. Depotgeschäft	725
2. Kapitalanlagegesellschaften	727
3. Ungedekte Pfandbriefemissionen	729
4. Zahlungsdienste	731

11. Kapitel. Kriminalität im Wertpapierhandel

A. Einführung	737
I. Die Entwicklung des Kapitalmarktstrafrechts	738
II. Handelsplätze am Kapitalmarkt	741
III. Finanzinstrumente	742
IV. Informationsquellen	743
B. Verbotstatbestände der Insiderdelikte	744
I. Allgemeines	744
II. Insiderinformation	745
1. Präzise Information	746
2. Bezug zu Emittent oder Finanzinstrument	748
3. Eignung zur erheblichen Kursbeeinflussung	748
4. Nicht öffentlich bekannt	750
5. Beispiele für Insiderinformationen	751
6. Zeitlich gestreckte Vorgänge	752
III. Verbotstatbestände des Art. 14 MAR	752
1. Verbot des Tätigens von Insidergeschäften nach Art. 14 lit. a) MAR ..	753
2. Das Mitteilungsverbot gemäß Art. 14 lit. c) MAR	756
3. Empfehlungsverbot gemäß Art. 14 lit. b) MAR	760
C. Marktmanipulation	761
I. Einleitung	761
II. Verbot der handelsgestützten Marktmanipulation gemäß Artikel 12 Abs. 1 lit. a) MAR	763
1. Einleitung	763
2. Vornahme von Geschäften oder Erteilung eines Handelsauftrages ...	764
3. Sonstige Handlungen	765
4. Falsche oder irreführende Signale oder anormales oder künstliches Kursniveau sichern	765
5. Verbotsausnahme nach Art. 13 MAR	766
III. Verbot der handlungsgestützten Marktmanipulation gemäß Artikel 12 Abs. 1 lit. b) MAR	767
1. Einleitung	767
IV. Verbot der informationsgestützten Marktmanipulation	769
1. Information	769
2. Verbreitungsweg	769
3. Unrichtiges oder irreführendes Signal	770
4. Manipulationswahrscheinlichkeit	771
5. Nicht-Offenbaren trotz Rechtspflichten	773
V. Verbot der Referenzpreismanipulation nach Art. 12 Abs. 1 lit. d) MAR	774
VI. Regelbeispiele in Art. 12 Abs. 2 MAR	774
VII. Safe harbours in Art. 5 MAR	774
VIII. Einwirkung auf den Börsen- und Marktpreis	774

D. Journalisten	776
E. Fragen des Allgemeinen Teils und Rechtsfolgen der Tat	777
I. Räumlicher Anwendungsbereich	777
II. Vorsatz und Irrtum	777
III. Unterlassensstrafbarkeit	778
IV. Strafraumen	778
V. Versuchsstrafbarkeit	779
VI. Vermögensabschöpfung	780
VII. Verjährung	782
VIII. Bekanntmachung von Maßnahmen	782
IX. Sonstige straf-, verwaltungs- und arbeitsrechtliche Folgen der Tat	782
F. Vortat iSd § 261 Abs. 1 S. 2 StGB	783
G. Aufgaben der BaFin und ihre Rolle im Strafverfahren	783
I. Einführung	783
II. Aufsichtsrechtliche Befugnisse der BaFin	784
III. Rolle der BaFin im Strafverfahren	785
1. Allgemeines	785
2. Mitarbeiter der BaFin als Sachverständige gemäß §§ 72 ff. StPO	786
IV. Bußgeldbehörde	787
H. Strafprozessualen Befugnisse der Ermittlungsbehörden	788
I. Nebenbeteiligung, Adhäsionsverfahren und Akteneinsicht nach § 406e StPO ..	788

12. Kapitel. Straftaten im Zusammenhang mit handels- und gesellschaftsrechtlichen Pflichten

A. Allgemeines	791
B. Straftaten im Zusammenhang mit Falschangaben über die Kapitalgesellschaft ..	792
I. Gründungsschwindel nach § 399 Abs. 1 Nr. 1, 2 AktG	793
II. Falsche Angaben in der öffentlichen Ankündigung nach § 399 Abs. 1 Nr. 3 AktG	795
III. Kapitalerhöhungsschwindel (§ 399 Abs. 1 Nr. 4 AktG)	796
IV. Abwicklungsschwindel (§ 399 Abs. 1 Nr. 5 AktG)	796
V. Täuschung über persönliche Voraussetzungen (§ 399 Abs. 1 Nr. 6 AktG)	796
VI. Wahrheitswidrige Erklärungen (§ 399 Abs. 2 AktG)	797
VII. Strafbare Falschangaben bei der GmbH (§ 82 GmbHG)	797
VIII. Falschangaben bei der Genossenschaft (147 Abs. 1 GenG)	799
IX. Falschangaben im Rahmen der Umwandlung (§§ 313 Abs. 2, 314a UmwG)	800
X. Vorsatz und Irrtum	800
C. Bilanzdelikte	801
I. Unrichtige Darstellung (§ 331 HGB)	802
II. Verletzung der Berichtspflicht (§ 332 HGB)	806
III. Spezialgesetzliche Straftatbestände	807
D. Falsche Ausstellung von Berechtigungsscheinen (§ 402 AktG)	810
E. Strafbewehrte gesellschaftsrechtliche Pflichten im Zusammenhang mit	
Verlusten der Gesellschaft (§ 401 AktG; § 84 GmbHG; 148 GenG)	811
I. Pflichtverletzung bei Verlust (§ 401 AktG)	811
II. Pflichtverletzung bei Verlust (§ 148 GenG)	812
III. Verletzung der Verlustanzeigespflicht (§ 84 GmbHG)	812
F. Verletzungen der Geheimhaltungspflichten	813

13. Kapitel. Korruption

A. Allgemeines	820
I. Phänomen Korruption	820
II. Weiter Korruptionsbegriff	823
III. Strafrechtlicher Korruptionsbegriff	823
IV. Korruptionsstrukturen in Deutschland und empirische Erkenntnisse ...	824
1. Korruptionsstrukturen	824
2. Erkenntnisse über Täter	828
3. Empirische Erkenntnisse über grenzüberschreitende Korruption	830
V. Deutschland im internationalen Vergleich	831
VI. Statistik – Verbreitung der Korruption	832
VII. Dunkelfeld	839
VIII. Schädlichkeit der Korruption	841
1. Materielle Schäden	841
2. Immaterielle Schäden	843
IX. Öffentliches Dienstrecht und Folgen von Dienstpflichtverletzungen	843
X. Korruptionsprävention in Bund und den Ländern	845
XI. Compliance – Korruptionsprävention in der Wirtschaft	848
B. Materielles Strafrecht	850
I. Überblick	850
II. Bestechungsdelikte (§§ 331–335 StGB)	853
1. Allgemeine Vorbemerkung zum Gesetz zur Bekämpfung der Korruption (KorrbekG 1997)	853
2. Rechtsgut der §§ 331 ff. StGB	856
3. Amtsträger	856
4. Vorteilsannahme und Vorteilsgewährung, §§ 331, 333 StGB	857
5. Einschränkungen des Tatbestandes	861
6. Bestechlichkeit und Bestechung, §§ 332, 334 StGB	865
7. § 335 StGB	865
8. § 335a StGB	866
9. Täterschaft und Teilnahme	866
10. Verjährung	867
11. Sanktionen und Vermögensabschöpfung	867
III. Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr, §§ 299, 300 StGB	868
1. Vorbemerkung	868
2. Täterkreis	869
3. Unrechtsvereinbarung	870
4. Zukunftsbezug	870
IV. Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen, §§ 299a, 299b StGB	870
1. Vorbemerkungen	870
2. Täterkreis	871
3. Unrechtsvereinbarung	871
V. Untreue, § 266 StGB	871
1. Typische schädigende Manipulationen	872
2. „Schwarze Kassen“	872
VI. Politische Korruption und Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern, § 108e StGB	878
VII. Steuerhinterziehung	879
VIII. Korruption und Sport	880

IX. Die Auswirkungen des amerikanischen Strafrechts auf deutsche Unternehmen	883
X. UK Bribery Act	885
C. Ermittlungen bei Korruptionsdelikten	885
I. Notwendige Spezialisierung der Strafverfolgung	885
II. Erkenntnisquellen	886
III. Strafprozessuale Ermittlungsmaßnahmen	887
IV. Vorschläge zur Intensivierung der Strafverfolgung gegen Korruption ...	889
V. Untersuchungshaft	892
VI. Telekommunikationsüberwachung	892
D. Ausblick	892

14. Kapitel. Straftaten im Gesundheitswesen

A. Kriminalitätsprävention im Gesundheitswesen	896
B. Der Abrechnungsbetrug	898
I. Das legale Abrechnungssystem des Vertragsarztes	898
II. Das System der Leistungsziffern	899
III. Die Krankenhausbehandlung	900
IV. Die Typologie der Täuschungshandlungen	900
1. Fallgruppe 1: Die Abrechnung nicht oder nicht vollständig erbrachter Leistungen	901
2. Fallgruppe 2: Die bewusste Falschbewertung der Leistung	902
3. Fallgruppe 3: Täuschung über die Einhaltung formaler Vorschriften	902
4. Fallgruppe 4: Die Täuschung über die eigene Qualifikation	902
5. Fallgruppe 5: Die Täuschung über die Selbständigkeit des Arztes ...	902
6. Sonderfall: Der Laborarzt	903
V. Strafrechtliche Bewertung	904
1. Täuschungshandlung	904
2. Irrtum	905
3. Vermögensverfügung	906
4. Vermögensschaden	907
5. Vollendung	908
6. Subjektiver Tatbestand	908
7. Konkurrenzen	909
VI. Die Aufgaben der Kassenärztlichen Vereinigungen	909
1. Kontrollinstrumentarien	909
2. Sachlich-rechnerische Richtigkeit	909
3. Plausibilitätsprüfung	910
4. Wirtschaftlichkeitsprüfung	910
5. Einzelfallprüfung	910
6. Sanktionensystem der Kassenärztlichen Vereinigung	910
7. Das Anzeigeverhalten der Kassenärztlichen Vereinigungen	911
VII. Stelle nach § 81a SGB V	912
VIII. Die Unterstützung durch die Krankenkassen	913
IX. Abrechnungsmanipulationen beim Privatpatienten	913
1. Abrechnungsmodus	913
2. Beihilfestellen	914
3. Privatärztliche Verrechnungsstellen	915
4. Betrug durch unrichtige Berechnung des Gebührenfaktors	916
5. Vereinbarungen zwischen Arzt und Patient	916
6. Die Firma des Arztes	916

7. Gemeinschaftliche Täuschung der Krankenversicherung	917
8. Steuerhinterziehung, § 370 AO	917
X. Das rechtswidrige Abbedingen der Regelsätze der ärztlichen Gebührenordnung	917
1. Der Gebührenrahmen	917
2. Erhöhung der Hebesätze durch Honorarvereinbarung	917
3. Das rechtswidrige Abbedingen	918
4. Wettbewerbsbeschränkende Maßnahmen	918
XI. Besonderheiten im Ermittlungsverfahren	919
1. Durchsuchung und Beschlagnahme versus Schweigepflicht	919
2. Patientenbefragung	920
3. Das ärztliche Hilfspersonal	920
4. Das Sozialgeheimnis	920
5. Die Schätzung	921
6. Strafzumessung	922
7. Verlust der Approbation	922
8. Finanzermittlungen, Vermögenssicherung, Rückgewinnungshilfe ...	922
C. Der Zahnarzt- und Dentalbereich	923
I. Zahnersatzleistungen	923
1. Die gesetzliche Regelung	923
2. Unzulässige Zuwendungen	923
3. Billigzahnersatz	924
II. Einbehalten von Altzahngold	924
III. Vereinbarung von Nachlässen	924
IV. Betrug z. N. der Zusatzversicherung	925
D. Straftaten im Pharmazie- und Rezeptbereich	925
I. Rezeptabrechnung der Apotheken	925
II. Der Wareneinkauf per Rezept	926
III. Die Sprechstundenbedarfsrezepte	926
IV. Beteiligung am Rezeptumsatz	927
V. Korruption im Gesundheitswesen	928
VI. Betrug mit reimportierten Arzneimitteln	929
VII. Die unrichtige Verordnung von Arzneimitteln	929
VIII. Abgabe von Klinikpackungen	930
IX. Ermittlungshinweise	930
E. Kuren, Heil- und Hilfsmittel	930
I. Der kostenlose Saunabesuch	930
II. Die Anschlussheilbehandlung und die „Kur“	931
III. Die „Kaffeefahrt“	931
IV. Unrichtige Abgabe von Heil- und Hilfsmitteln	931
V. Häusliche Pflegedienste	932
F. Der illegale Tierarzneimittelmarkt	932
I. Die Abgabe von Tierarzneimitteln durch den Tierarzt	932
II. Der illegale Tierarzneimittelmarkt	933
1. Futterarzneimittel	933
2. Gefahren der Massentierhaltung	933
3. „Autobahntierärzte“	934
4. Missbrauch von Betreuungsverträgen	934
III. Strafrechtliche Bewertung	935
IV. Ermittlungshinweise	935

15. Kapitel. Computer- und Internetkriminalität

A. Einleitung und Begriff der Computer- und Internetkriminalität	942
I. Entwicklungen zur Informationsgesellschaft	942
II. Begriff der Computer- und Internetkriminalität und Überblick	945
1. Begriff der Computer- und Internetkriminalität	945
2. Überblick zu Deliktsformen	946
B. Einzelne Deliktsformen	948
I. Computerbetrug (§ 263a StGB)	948
1. Tatobjekt: Daten und Datenverarbeitungsvorgang	950
2. Unrichtige Programmgestaltung (1. Alternative)	951
3. Verwendung unrichtiger oder unvollständiger Daten (2. Alternative)	952
4. Unbefugte Verwendung von Daten (3. Alternative)	953
5. Unbefugte Einwirkung auf Ablauf (4. Alternative)	960
6. Beeinflussung des Ergebnisses eines Datenverarbeitungsvorgangs	961
7. Vermögensschaden	961
8. Subjektiver Tatbestand	962
9. Verweisung auf § 263 Abs. 2–6 (Abs. 2)	962
10. Vorbereitungshandlungen (Abs. 3)	963
11. Tätige Reue (Abs. 4) und Konkurrenzen	964
12. Probleme des Tatnachweises	965
II. Elektronische Urkundendelikte (§§ 269, 270, 274 StGB)	965
1. Inhalte und einzelne Tatbestände	965
2. Fälschung beweisheblicher Daten (§§ 269, 270 StGB)	967
3. Unterdrückung beweisheblicher Daten (§ 274 Abs. 1 Nr. 2 StGB)	975
4. Probleme des Tatnachweises	976
III. Beeinträchtigungen der „Datenintimität“ (§§ 202a–202c StGB) mit Datenhehlerei (§ 202d StGB)	976
1. Ausspähen von Daten (§ 202a StGB)	977
2. Abfangen von Daten (§ 202b StGB)	985
3. Vorbereitungen zum Ausspähen und Abfangen von Daten (§ 202c StGB)	988
4. Datenhehlerei (§ 202d StGB)	991
5. Digitaler Hausfriedensbruch (§ 202e StGB-E)?	994
6. Probleme des Tatnachweises	995
IV. Datenveränderung und Computersabotage (§§ 303a, 303b StGB)	996
1. Computerviren und andere Sabotageprogramme	998
2. Datenveränderung (§ 303a StGB)	1000
3. Computersabotage (§ 303b StGB)	1008
V. Illegale Nutzung von Programmen (§§ 106 ff. UrhG)	1017
1. Unerlaubte Verwertung urheberrechtlich geschützter Werke (§ 106 UrhG)	1019
2. Strafbare Eingriff in fremde Schutzrechte und technische Schutzmaßnahmen (§ 108 und § 108b UrhG)	1027
3. Probleme des Tatnachweises	1028
VI. Persönlichkeitsverletzungen	1029
VII. Verrat von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen	1030
1. Tatbestand und Rechtsgut	1030
2. Geschäftsgeheimnisse als Tatobjekt	1032
3. Tathandlungen des neuen § 23 GeschGehG	1032
4. Subjektiver Tatbestand, Konkurrenzen	1035
5. Probleme des Tatnachweises	1035

C. Weitere Straftaten im Internet	1036
I. Allgemeine Fragen und beispielhafte Verfahren	1037
1. Entwicklung der Verfahren	1037
2. Abgrenzung von Telemedien, Telekommunikation und Rundfunk	1039
3. Beteiligte Personen und Verantwortlichkeit	1041
4. Bedeutung der Verantwortlichkeitsregeln für das Strafrecht	1041
II. Verantwortlichkeit der einzelnen Beteiligten	1042
1. Verantwortlichkeit der Anbieter	1042
2. Verantwortlichkeit der Provider	1043
3. Verantwortlichkeit der Nutzer	1048
III. Verantwortlichkeit für Hyperlink	1051
IV. Probleme des Tatnachweises	1053
1. Anwendbarkeit des deutschen Strafrechts	1054
2. Rückverfolgung von Straftätern	1056
D. Zusammenfassung und Ausblick	1057

16. Kapitel. Schutz von Geschäftsgeheimnissen

A. Einleitung	1062
B. Schutz im Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb	1064
I. Geheimnisverrat (§ 17 Abs. 1 UWG – § 23 Abs. 1 Nr. 3 GeschGehG)	1064
1. Rechtsgut – Deliktsstruktur	1066
2. Geschäfts- und Betriebsgeheimnis als Tatobjekt	1068
3. Täterkreis	1075
4. Zugänglichkeit des Geheimnisses	1076
5. Handlung und Zeitpunkt der Tat	1076
6. Subjektive Seite	1078
II. Geschäfts-/Betriebsspionage (§ 17 Abs. 2 Nr. 1 UWG – § 23 Abs. 1 Nr. 1 GeschGehG)	1079
1. Rechtsgut und Täterkreis	1079
2. Ausspähungshandlungen	1079
III. Geheimnishehlerei (§ 17 Abs. 2 Nr. 2 UWG – § 23 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 GeschGehG)	1081
1. Tathandlungen	1082
2. „Unbefugtes“ Handeln des Vortäters und Täters	1083
IV. Sanktionen (auch bei besonders schweren Fällen) und sonstige Rechtsfolgen – § 23 Abs. 4 GeschGehG	1086
V. Verwertung von Vorlagen (§ 18 UWG – § 23 Abs. 3 GeschGehG)	1087
1. Täterkreis	1087
2. Tatobjekt und Tathandlung	1088
VI. Versuch und Vorbereitungshandlungen (§ 17 Abs. 3, § 18 Abs. 2, § 19 UWG – § 23 Abs. 5, 7 S. 2 GeschGehG)	1089
VII. Voraussetzungen der Verfolgung von auslandsbezogenen Verstößen (§ 17 Abs. 6 UWG – § 23 Abs. 7 S. 1 GeschGehG)	1090
VIII. Strafverfolgungsvoraussetzungen (§ 17 Abs. 5, § 18 Abs. 3, § 19 Abs. 4 UWG – § 23 Abs. 8 GeschGehG)	1091
1. Verfolgung aufgrund eines Strafantrags	1091
2. Verfolgung von Amts wegen; Verjährung	1091
C. Schutz durch andere strafrechtliche Regelungen	1092
I. Gesellschafts-, wirtschafts- und arbeitsrechtliche Strafvorschriften	1093
II. Strafvorschriften zum Schutze von Privat- und Dienstgeheimnissen	1096

III. Staatsschutzstrafrecht	1099
1. Verfolgung wegen Verletzung eines Staatsschutzgeheimnisses	1100
2. Verfolgung wegen geheimdienstlicher Agententätigkeit	1100
D. Hinweise zu präventiven Maßnahmen	1100
I. Personelle und rechtliche Schutzmaßnahmen	1102
II. Organisatorische und technische Sicherungsmaßnahmen	1106
 17. Kapitel. Strafbare Werbung 	
A. Werbung als Instrument der Wirtschaftskriminalität	1110
B. Schwindel mit Arbeitsplätzen und Nebenverdienst	1111
I. Vorgetäushtes Anstellungsverhältnis	1111
II. Heimarbeitsschwindel	1112
III. Attraktive Auslandsjobs	1113
IV. Bauernfängerei mit Servicenummern	1114
C. Dubiose Chiffreanzeigen	1114
D. Kredite für jedermann	1115
E. Sammlungen zu angeblich sozialen Zwecken	1116
F. Missstände bei der Haustürwerbung	1118
I. Kein generelles Verbot	1118
II. Schwindel beim Zeitschriftenvertrieb	1118
III. Strafbarkeitsvoraussetzungen	1119
IV. Erforderliche Sachverhaltsfeststellungen	1120
G. Bauernfängerei mit Kaffeefahrten	1121
I. Als Ausflug getarnte Verkaufsveranstaltungen	1121
II. Rechtliche Beurteilung	1122
III. Widerrufsrecht auch bei Fahrten über die Grenze	1123
IV. Vergleichbare Missstände bei anderen Verkaufsveranstaltungen	1123
H. Werbung mit Mondpreisen	1123
I. Vorgetäuschte Preisreduzierungen	1123
II. Beweisprobleme bei der Rechtsverfolgung	1124
I. Manipulierte Räumungsverkäufe	1125
I. Beliebtes Lockmittel zur Umsatzsteigerung	1125
II. Organisierter Schwindel durch professionelle Täter	1126
III. Defizite bei der Strafverfolgung	1127
J. Orientteppichschwindel	1128
I. Der Zwangsvollstreckungstrick	1128
II. Verwertung sicherungsübereigneter oder verpfändeter Teppiche	1130
III. Schwindel mit Wanderlagern	1130
IV. Missstände bei Räumungsverkäufen	1131
K. Heil- und Arzneimittelschwindel	1132
I. Straftaten im Reisegewerbe	1132
II. Publikumswerbung	1133
L. Progressive Kundenwerbung	1133
M. Kettenbriefe und Pyramidenspiele	1135
I. Kettenbriefaktionen	1135
II. Pyramidenspiele	1136
N. Formularfallen und Telefonfallen	1138
I. Versand fingierter Rechnungen	1138
II. Sonstige Schwindelmethoden	1139
III. Möglichkeiten des Zivilrechts	1140
IV. Gegenmaßnahmen der Wirtschaft	1140
V. Strafrechtliche Beurteilung	1141

O. Geldmacherei mit Abmahnungen	1143
I. Viel Ertrag mit wenig Aufwand	1143
II. Abmahnvereine	1144
III. Abmahnungen durch Pseudo-Wettbewerber	1145
IV. Strafrechtliche Beurteilung	1146
P. Pressespezifische Besonderheiten	1146
I. Strafprozessuale Aspekte	1146
II. Verjährung	1147

18. Kapitel. Produkt- und Markenpiraterie

A. Einleitung	1150
B. Die Definition von Produkt- und Markenpiraterie	1150
I. Kurzübersicht und -definition gewerblicher Schutzrechte	1151
II. Bedeutung geistigen Eigentums und Ausmaß von Produkt- und Markenpiraterie	1152
C. Gesetzeslage	1155
I. Produktpirateriegesetz	1155
II. Europäische Initiativen im Bereich des Strafrechts	1155
III. Markenrechtliche Straftatbestände	1156
1. Kennzeichenbenutzung	1156
2. Geschäftlicher Verkehr	1157
3. Widerrechtlichkeit	1157
4. Vorsatz	1158
5. Strafantrag / Strafverfolgung von Amts wegen	1159
6. Qualifikation	1159
7. Nebenstrafen	1160
8. Nebenklage	1161
9. Adhäsionsverfahren	1162
10. Opferentschädigung	1162
IV. Weitere mögliche Straftatbestände	1163
1. Betrug, § 263 StGB	1163
2. Urkundenfälschung, § 267 StGB	1163
3. Geldwäsche, § 261 StGB	1163
4. Steuerhinterziehung / Bannbruch §§ 370 ff. AO	1163
V. Grenzbeschlagnahmeverfahren	1163
VI. Zivilrechtliche Ansprüche	1165
VII. Messen	1166
D. Präventionsmöglichkeiten	1167
E. Gegenmaßnahmen der deutschen Wirtschaft	1167
F. Wichtige Kontaktadressen	1168
I. Staatliche Stellen und Behörden	1168
II. Verbände	1169
G. Schutzrechte im Überblick	1170

19. Kapitel. Kartellstraft- und -ordnungswidrigkeitenrecht

A. Schutz des freien Wettbewerbs durch straf- und bußgeldrechtliche Sanktionsvorschriften	1187
I. Schutz des Wettbewerbs	1187
II. Überblick über die Wettbewerbs- und Sanktionsvorschriften	1188
1. Wettbewerbsvorschriften	1188
2. Sanktionsvorschriften	1190

B. Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen	1191
I. Die durch Submissionsabsprachen verursachten Schäden	1191
II. Erscheinungsformen der Wettbewerbsbeschränkenden Absprachen bei Ausschreibungen	1193
1. Absprachen zwischen Marktteilnehmern auf überschaubaren Märkten	1193
2. Submissionsabsprachen und Korruption	1193
3. Nutzung des Nachverhandlungsverbots und Erteilung von Komplettaufträgen	1194
III. Strafbarkeit von Submissionsabsprachen als Betrug	1194
1. Rechtsprechung des Reichsgerichts und des Bundesgerichtshofs bis zum Jahre 1992	1194
2. Änderung der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs in den „Rheinausbau“-Entscheidungen	1194
IV. Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB)	1200
1. Geschütztes Rechtsgut und Ausgestaltung des § 298 StGB als abstraktes Gefährdungsdelikt	1200
2. Ausschreibungen über Waren oder Dienstleistungen	1201
3. Abgabe eines Angebots	1202
4. Angaben über Waren oder Dienstleistungen	1203
5. Rechtswidrige Absprache	1203
6. Veranlassen eines bestimmten Angebots als Ziel der Absprache	1206
7. Vorsatz	1206
8. Steuerliche Abzugsfähigkeit	1206
9. Tätige Reue	1206
10. Verjährung	1207
11. Konkurrenzen	1207
V. Submissionsabsprachen als Kartellordnungswidrigkeiten	1208
VI. Verfahrensrecht	1208
1. Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft und der Wirtschaftsstrafkammer	1208
2. Zuständigkeit für die Verhängung von Unternehmenssanktionen	1209
C. Nationales Kartellordnungswidrigkeitenrecht	1210
I. Neuregelungen der siebenten Kartellrechtsnovelle	1210
II. Neuregelungen der Preismissbrauchsnovelle	1211
III. Neuregelungen des Gesetzes zur Errichtung einer Markttransparenzstelle für den Großhandel mit Strom und Gas	1211
IV. Neuregelungen der achten Kartellrechtsnovelle	1211
V. Neuregelungen der neunten Kartellrechtsnovelle	1212
VI. Regelungen und Systematik des GWB	1215
1. Normadressaten	1215
2. Materiellrechtliche Regelungen über Wettbewerbsbeschränkungen	1215
3. Befugnisse der Kartellbehörden bezüglich Schadensersatz und Vorteilsabschöpfung	1216
4. Fusionskontrolle	1217
5. Markttransparenzstellen für den Großhandel mit Strom und Gas und für Kraftstoffe	1217
6. Kartellbehörden und Verfahrensvorschriften einschließlich Bußgeldvorschriften	1217
VII. Bußgeldrecht und Systematik der Kartellordnungswidrigkeiten	1218
1. Neuerungen durch die siebente GWB-Novelle	1218
2. Neuerungen durch die achte GWB-Novelle	1218
3. Neuerungen durch die neunte GWB-Novelle	1219

4. Blankettgesetzcharakter: Erfordernis des Zusammenlesens von verweisendem und ausfüllendem Gesetz	1219
5. Struktur der Bußgeldnormen	1220
6. Schwerwiegende Zuwiderhandlungen gegen die materiellen Wettbewerbsverbote	1221
7. Leichtere Zuwiderhandlungen	1222
VIII. Bußgeldbewehrte Wettbewerbsverbote	1222
1. Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen nach Art. 101 AEUV und des Missbrauchs marktbeherrschender Stellungen nach Art. 102 AEUV	1222
2. Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen nach § 1 GWB	1223
3. Umgehungsverbote	1227
4. Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden oder marktstarken Stellung	1228
5. Verbotenes Verhalten von Unternehmen mit relativer oder überlegener Marktmacht	1231
6. Boykottverbot	1232
7. Aufnahmezwang	1233
IX. Zusammenschlusskontrolle (Fusionskontrolle)	1233
1. Ziel der Zusammenschlusskontrolle	1233
2. Anwendungsbereich der Zusammenschlusskontrolle	1234
3. Anmeldepflicht von Zusammenschlüssen	1235
4. Fusionskontrollverfahren	1236
5. Bußgeldtatbestände	1237
X. Normadressaten der Bußgeldvorschriften und Ahndung juristischer Personen	1239
1. Ahndbarkeit natürlicher Personen über die Zurechnung gemäß § 9 OWiG	1239
2. Ahndbarkeit natürlicher Personen wegen Aufsichtspflichtverletzung gemäß § 130 OWiG	1239
3. Ahndbarkeit juristischer Personen und Personenvereinigungen gemäß § 30 OWiG	1240
4. Eigenständiges Sanktionsregime nach der 9. GWB-Novelle	1243
5. Wirtschaftliche Nachfolge (§ 81 Abs. 3c GWB)	1247
XI. Bußgeldbemessung und Eintragung in das Gewerbezentralregister	1248
1. Höchstmaß der Geldbuße	1248
2. Vorteilsabschöpfung	1249
3. Bußgeldbemessung bei natürlichen Personen	1250
4. Bußgeldbemessung bei juristischen Personen und Personenvereinigungen	1251
5. Ausfallhaftung im Übergangszeitraum (§ 81a GWB)	1254
6. Bonusregelung des Bundeskartellamts	1258
7. Eintragung in das Gewerbezentralregister	1262
D. Europäisches Kartellordnungswidrigkeitenrecht	1262
I. Rechtsgrundlagen und Entstehungsgeschichte der wettbewerbsrechtlichen Bußgeldvorschriften	1262
II. Kartellrechtliche Verbotsnormen	1266
1. Verbot horizontaler und vertikaler Vereinbarungen und abgestimmter Verhaltensweisen (Art. 101 Abs. 1 AEUV)	1266
2. Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung (Art. 102 AEUV) ..	1270

III. Dogmatische Einordnung und Ausgestaltung der Bußgeldtatbestände ..	1271
1. Sonderdeliktscharakter und Ausgestaltung als Blankettgesetze	1271
2. Sanktionierung von Verfahrensverstößen und Verletzungen des materiellen Kartellrechts	1272
IV. Allgemeiner Teil des Kartellordnungswidrigkeitenrechts	1274
1. Adressaten der Bußgeldvorschriften	1274
2. Zurechnung des Verhaltens natürlicher Personen	1279
3. Vorsatz und Fahrlässigkeit	1280
4. Geltung strafrechtlicher Fundamentalgarantien	1280
V. Bußgeldbemessung	1282
1. Entwicklung der Sanktionspolitik bis zur Einführung der Leitlinien zur Bußgeldbemessung	1282
2. Leitlinien zur Bußgeldbemessung in Kartellverfahren aus dem Jahr 1998	1282
3. Leitlinien zur Bußgeldbemessung in Kartellverfahren aus dem Jahr 2006	1283
4. Mitteilung über den Erlass und die Ermäßigung von Geldbußen – „Kronzeugenregelung“	1284
5. Vergleichsverfahren (Settlement)	1288
VI. Kartellverfahren auf Unionsebene	1290
1. Rechtsnatur und Rechtsgrundlagen des Verfahrens	1290
2. Einleitung und Ablauf des Verfahrens	1290
VII. Rechtskontrolle durch den Europäischen Gerichtshof	1298
1. Grundsätzliche Klagemöglichkeiten	1298
2. Erweiterung der Nachprüfungsmöglichkeit durch Art. 261 AEUV (zuvor Art. 229 EG)	1298
VIII. Bußgeldtatbestände der Fusionskontroll-Verordnung	1299
1. Rechtsgrundlagen der Fusionskontrolle	1299
2. Anwendungsbereich der Fusionskontroll-Verordnung	1300
3. Fusionskontrollverfahren	1301
4. Bußgeldvorschriften der Fusionskontroll-Verordnung	1303
5. Rechtsmittel bei Bußgeldentscheidungen	1305
E. Die private Kartellrechtsdurchsetzung – Private Enforcement	1305
I. Ausgangspunkt: Kartellschadensersatzrichtlinie	1305
II. Schadensersatz und Vorteilsabschöpfung nach §§ 33a ff. GWB	1306
1. Schadensersatzpflicht nach § 33a GWB	1306
2. Bindungswirkung von Entscheidungen einer Wettbewerbsbehörde gem. § 33b GWB	1308
3. Schadensabwälzung gemäß § 33c GWB	1308
4. Gesamtschuldnerische Haftung nach § 33d GWB	1309
5. Begünstigung des Kronzeugen nach § 33e GWB	1311
6. Wirkungen des Vergleichs nach § 33f GWB	1311
7. Anspruch auf Herausgabe von Beweismitteln und Erteilung von Auskünften nach § 33g GWB	1312
8. Verjährung nach § 33h GWB	1315
9. Vorteilsabschöpfung gem. § 34 und § 34a GWB	1316
10. Ergebnis	1318
III. Prozessuale Vorschriften des GWB	1318
1. Verfahren nach § 89b GWB	1318
2. Offenlegung aus der Behördenakte nach § 89c GWB	1319
3. Beweismittel nach § 89d GWB	1320
4. Zwischenergebnis	1320
IV. Fazit	1321

V. Schadensersatzansprüche gegen Leitungspersonen bei Verstößen gegen die Legalitätspflicht	1321
1. Haftung der Leitungspersonen für Unternehmensgeldbußen	1321
2. Aufklärungspflicht von Rechtsverstößen und Folgen	1323
3. Haftung der Leitungspersonen im Außenverhältnis	1324
F. Kartellrechtliche Compliance	1324
I. Risiken der Kartellrechtsverstöße	1324
1. Folgen der Kartellrechtsverstöße für das Unternehmen	1324
2. Folgen für die Unternehmensleitung und die Mitarbeiter	1326
3. Rechtsfolgen unabhängig von der Größe des Unternehmens	1326
II. Notwendigkeit kartellrechtlicher Compliance	1327
III. Compliance-Organisation	1328
IV. Inhalt der Complianceprogramme	1328
V. Kartellrechtliche Risikoanalyse	1329
VI. Kartellrechtliche Compliance-Maßnahmen	1329
1. Information der Mitarbeiter über Compliance-Risiken	1330
2. Compliance Commitment/Mission Statement	1330
3. Richtlinien und Merkblätter	1331
4. Schulung der Mitarbeiter	1332
5. Sicherstellung des Nachweises von Compliance-Maßnahmen	1333
6. Compliance als Lernprozess	1333

20. Kapitel. Schwarzarbeit, illegale Beschäftigung und unzureichende Arbeitsbedingungen

A. Das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz	1342
I. Einführung	1342
1. Entstehungsgeschichte und Bedeutung	1342
2. Begriffsbestimmung	1344
II. Organisation der Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung	1344
1. Prüf- und Ermittlungsbehörden	1344
2. Prüfungsaufgaben	1345
3. Das Prüfungsverfahren der Zollverwaltung	1347
4. Ermittlungen der Zollverwaltung	1349
5. Zusammenarbeit mit anderen Behörden und Datenverarbeitung	1350
III. Ordnungswidrigkeiten im SchwarzArbG	1352
1. Die Bußgeldtatbestände des § 8 Abs. 1 SchwarzArbG	1352
2. Die Bußgeldtatbestände des § 8 Abs. 2 SchwarzArbG	1353
3. Zuständige Verwaltungsbehörde	1353
IV. Straftatbestände im SchwarzArbG	1353
1. Erschleichen von Sozialleistungen im Zusammenhang mit der Erbringung von Dienst- und Werkleistungen – § 9 SchwarzArbG ..	1353
2. Beschäftigung von Ausländern ohne Genehmigung oder ohne Aufenthaltstitel und zu ungünstigen Arbeitsbedingungen – § 10 SchwarzArbG	1354
3. Beschäftigung von Ausländern ohne Aufenthaltstitel, die Opfer von Menschenhandel sind – § 10a SchwarzArbG	1358
4. Erwerbstätigkeit von Ausländern ohne Genehmigung oder ohne Aufenthaltstitel in größerem Umfang oder von minderjährigen Ausländern – § 11 SchwarzArbG	1358
V. Ausschluss von öffentlichen Aufträgen und von Subventionen	1360

B. Hinterziehung von Sozialversicherungsbeiträgen	1361
I. Begehungsweisen	1361
1. „Klassische“ Schwarzarbeit	1361
2. Beschäftigung von Scheinselbstständigen	1363
3. Mindestlohnverstöße	1363
II. Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt – § 266a StGB	1363
1. Grundlagen	1363
2. Anzuwendendes Recht – Entsendung nach Deutschland	1364
3. Tathandlung bei illegaler Beschäftigung	1367
4. Sozialversicherungsrechtliche Beschäftigungsarten	1370
5. Beitragsbemessung	1373
6. Feststellung der Bemessungsgrundlagen	1376
7. Tatbeendigung/Verjährung	1378
8. Konkurrenzen	1378
9. Rechtsfolgen	1379
10. Anforderungen an Anklage und Urteil	1379
11. Generalunternehmer- und Entleiherhaftung	1380
C. Schwarzarbeit durch Empfänger von Sozialleistungen wegen Verletzung von Mitteilungspflichten gegenüber den Sozialleistungsträgern	1381
I. Pflichten des Empfängers von Sozialleistungen gegenüber dem Sozialleistungsträger	1381
II. Häufig erschlichene Leistungen	1381
1. Arbeitslosengeld I – §§ 136 ff. SGB III	1381
2. Arbeitslosengeld II – §§ 7 ff., 19 ff. SGB II	1382
III. Begehungsweisen	1382
1. Verletzung von Mitteilungspflichten durch den Leistungsbezieher ..	1382
2. Kollusives Zusammenwirken von Arbeitgeber und Leistungsbezieher	1383
IV. Verwirklichte Straftaten und Ordnungswidrigkeiten	1383
1. Straftaten	1383
2. Ordnungswidrigkeiten	1384
3. Aufdeckungsmethoden	1385
D. Illegale Ausländerbeschäftigung	1385
I. Aufenthaltsrecht und Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt	1385
1. Unionsbürger und Gleichgestellte	1386
2. Drittstaatsangehörige	1388
3. Asylbewerber und geduldete Ausländer	1389
II. Ausländerrechtliche Verstöße durch Aufnahme einer unerlaubten Beschäftigung	1389
1. Die Grundtatbestände des § 95 Abs. 1 AufenthG	1390
2. „Erschleichen“ von Aufenthaltstiteln – § 95 Abs. 2 Nr. 2 AufenthG	1392
3. Einschleusen von Ausländern – § 96 AufenthG	1393
III. Verstöße gegen das Arbeitsgenehmigungsrecht	1394
1. Allgemeines	1394
2. Straftaten im SchwarzArbG	1394
3. Ordnungswidrigkeiten im SGB III	1394
IV. Scheinselbstständigkeit von Staatsangehörigen der neuen EU- Mitgliedstaaten	1395
1. Niederlassungsfreiheit	1395
2. Abgrenzung selbstständige Tätigkeit – abhängige Beschäftigung	1396
3. Erscheinungsformen der Scheinselbstständigkeit	1396
4. Straf- und bußgeldrechtliche Folgen der Scheinselbstständigkeit	1397

E. Illegale Beschäftigung im Zusammenhang mit Arbeitnehmerüberlassung	1398
I. Arbeitnehmerüberlassung und andere Formen drittbezogenen	
Personaleinsatzes	1398
1. Arbeitnehmerüberlassung	1398
2. Abgrenzung zu anderen Formen drittbezogenen Personaleinsatzes ..	1398
3. Werkvertrag und Arbeitnehmerüberlassung	1400
4. Selbstständiger Dienstvertrag	1402
5. Dienstverschaffungsvertrag	1402
6. Abgrenzung zur Arbeitsvermittlung	1402
7. Überlassung von Betriebsmitteln mit Personalgestaltung	1403
II. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz	1403
1. Zielsetzung	1403
2. Anwendungsbereich	1403
3. Erlaubnispflicht	1406
4. Verbot/Einschränkung der Arbeitnehmerüberlassung in Betriebe des	
Baugewerbes	1408
5. Unwirksamkeit der Vertragsverhältnisse (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 AÜG),	
Arbeitgeberfiktion (§ 10 AÜG)	1409
6. Strafrechtliche Folgen der Arbeitgeberfiktion	1410
III. Straftatbestände und Ordnungswidrigkeiten im AÜG	1412
1. Straftatbestände	1412
2. Ordnungswidrigkeiten	1413
F. Das Mindestlohngesetz	1415
I. Einleitung	1415
II. Merkmale des Mindestlohns; Unabdingbarkeit	1416
III. Sachlicher Anwendungsbereich	1416
IV. Persönlicher Anwendungsbereich	1416
1. Grundsatz	1416
2. Ausnahmen	1417
V. Höhe und Berechnung des Mindestlohns	1419
1. Höhe des Mindestlohns	1419
2. Sonderregeln, Tarifverträge, Übergangsfristen	1419
3. Grundlagen der Berechnung	1420
4. Behandlung einzelner Vergütungsbestandteile	1422
VI. Fälligkeit des Mindestlohns	1432
VII. Kontrolle und Durchsetzung des Mindestlohns	1433
1. Betretungsrecht	1433
2. Prüfung von Personen	1433
3. Auskunft und Einsicht gegenüber Personen	1433
4. Prüfung von Geschäftsunterlagen	1433
5. Sonstiges	1434
VIII. Sonstige Pflichten	1435
1. Meldepflicht	1435
2. Abgabe einer Versicherung	1435
3. Erstellung und Bereithaltung von Dokumenten	1435
IX. Ordnungswidrigkeiten im MiLoG	1435
1. Allgemeines	1435
2. Tatbestände	1437
X. Straftatbestände in Zusammenhang mit dem Mindestlohn	1439
1. Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt	
(§ 266a StGB)	1439
2. Betrug (§ 263 BGB)	1440
3. Wucher (§ 291 StGB)	1440

4. Nötigung (§ 240 StGB)	1441
5. Ausbeutung der Arbeitskraft (§ 233 StGB)	1441
XI. Sanktionen im weiteren Sinne	1441
1. Ausschluss von öffentlichen Vergaben (§ 19 MiLoG)	1441
2. Nachzahlung von Sozialbeiträgen	1441
3. Bürgenhaftung des Unternehmers (§ 13 MiLoG)	1441
XII. Vermeidung von Sanktionen	1442
G. Das Arbeitnehmer-Entsendegesetz	1443
I. Entwicklung und Zielsetzung; Ausblick	1443
II. Inhalt	1443
1. Allgemeine Arbeitsbedingungen	1443
2. Tarifvertragliche Arbeitsbedingungen	1444
3. Arbeitsbedingungen in der Pflegebranche	1446
III. Resultierende Pflichten	1447
1. Gewährung von Mindestarbeitsbedingungen – Mindestlohn	1447
2. Abführung von Beiträgen an gemeinsame Einrichtungen der Tarifvertragsparteien	1448
3. Kontrolle und Durchsetzung der Mindestarbeitsbedingungen sowie Beitragsabführung	1448
4. Meldepflichten; Abgabe einer Versicherung	1449
5. Erstellung und Bereithaltung von Dokumenten	1449
IV. Ordnungswidrigkeiten im AEntG	1449
1. Allgemeines	1449
2. Tatbestände	1450
V. Straftaten in Zusammenhang mit dem AEntG	1451
1. Vorenthaltung und Veruntreuung von Arbeitsentgelt (§ 266a StGB)	1451
2. Betrug (§ 263 BGB)	1452
3. Wucher (§ 291 StGB)	1453
4. Weitere Straftaten	1454
VI. Sanktionen im weiteren Sinne	1454
1. Ausschluss von öffentlichen Aufträgen – (§ 21 AEntG)	1454
2. Nachzahlung von Sozialbeiträgen	1454
3. Haftung für Auftragnehmer (§ 14 AEntG)	1454
VII. Ausblick; Reform	1455
H. Entsendekriminalität am Beispiel des Werkvertragsverfahrens	1456
I. Grundlagen der Entsendung im Werkvertragsverfahren	1456
II. Straftaten und Ordnungswidrigkeiten bei Entsendekriminalität	1457
1. Erschleichen von Aufenthaltstiteln (§ 95 Abs. 2 Nr. 2 AufenthG)	1457
2. Illegale Arbeitnehmerüberlassung	1457
3. Lohnwucher (§ 291 StGB), Mindestlohnunterschreitung (§ 23 Abs. 1 Nr. 1 AEntG)	1457
4. Ausbeutung der Arbeitskraft (§ 233 StGB)	1458
5. Betrug zum Nachteil der Urlaubskasse (ULAK)	1458
6. Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt (§ 266a StGB) ...	1458
I. Steuerliche Aspekte	1458
I. Allgemeines	1458
1. Wertneutralität und Tatbestandsmäßigkeit der Besteuerung	1458
2. Eigenständigkeit des Steuerrechts	1459
3. Steuerstrafrecht	1459
II. Schwarzlohnabreden	1459
1. Fallkonstellationen	1459

2. Steuerliche Bedeutung	1460
3. Steuerstrafrechtliche Folgen	1463
III. Scheinselbstständigkeit	1464
1. Fallkonstellationen	1464
2. Steuerliche Bedeutung	1464
3. Steuerstrafrechtliche Folgen	1466
IV. Werkverträge mit ausländischen Unternehmern	1466
1. Fallkonstellationen	1466
2. Steuerliche Bedeutung	1467
3. Steuerstrafrechtliche Folgen	1469
V. Illegale Arbeitnehmerüberlassung	1469
1. Fallkonstellationen	1469
2. Steuerliche Bedeutung	1470
3. Steuerstrafrechtliche Folgen	1471
VI. Verfahren	1472

Steuer und Zoll

21. Kapitel. Steuerstrafrecht

A. Vorbemerkung	1482
I. Definition und Eingrenzung	1482
II. Umfang und Erscheinungsformen	1484
B. Tatbestand der Steuerhinterziehung	1485
I. Anknüpfung an das Steuerrecht	1485
II. Geltung des Allgemeinen Teils des StGB	1486
1. Versuch und Vollendung	1487
2. Täterschaft und Teilnahme	1488
3. Verjährung	1490
III. Taterfolg	1491
1. Steuerverkürzung	1491
2. Anderer nicht gerechtfertigter Steuervorteil	1493
3. Kompensationsverbot	1494
IV. Tathandlung	1495
1. Handlungsalternative	1495
2. Unterlassungsalternative	1499
3. Kausalität der Tathandlung für den Erfolg	1503
V. Subjektiver Tatbestand	1504
1. Allgemeine Grundsätze	1504
2. Steuerstrafrechtliche Besonderheiten	1504
3. Fehlerhafte Beratung	1506
VI. Besonders schwere Fälle der Steuerhinterziehung	1506
1. Steuerhinterziehung in großem Ausmaß	1506
2. Steuerhinterziehung unter Beteiligung eines Amtsträgers	1507
3. Steuerhinterziehung und Urkundenfälschung	1508
4. Bandenmäßige Umsatz- oder Verbrauchsteuerhinterziehung	1508
5. Steuerhinterziehung unter Einschaltung von Drittstaat- Gesellschaften	1509
VII. Konkurrenzen	1510
1. Tateinheit	1510
2. Tatmehrheit	1511
3. Mitbestrafte Vor- oder Nachtat	1511
4. Steuerhinterziehung und Geldwäsche	1512

C. Selbstanzeige	1513
I. Allgemeines	1513
1. Bedeutung und Rechtfertigung	1513
2. Verhältnis zu anderen Rechtsinstituten	1514
II. Positive Wirksamkeitsvoraussetzungen	1515
1. Person des Anzeigeerstatters	1515
2. Adressatin der Selbstanzeige	1515
3. Form und Inhalt der Selbstanzeige	1516
4. Nachzahlung hinterzogener Steuern und Zinsen	1517
III. Berichtigungsverbund	1519
IV. Negative Wirksamkeitsvoraussetzungen	1520
1. Bekanntgabe einer Prüfungsanordnung	1520
2. Einleitung eines Straf- oder Bußgeldverfahrens	1521
3. Erscheinen eines Amtsträgers zur steuerlichen Prüfung	1521
4. Erscheinen zur Ermittlung einer Steuerstraftat oder Steuerordnungswidrigkeit	1522
5. Erscheinen zur Nachschau	1522
6. Tatentdeckung	1523
7. Umfang der Hinterziehung	1524
8. Besonders schwere Fälle der Steuerhinterziehung	1525
V. Selbstanzeigen betreffend Umsatzsteuervoranmeldungen und Lohnsteueranmeldungen	1525
VI. Drittanzeige	1525
VII. Selbstanzeige bei Mitunternehmerschaften	1526
D. Formelles Steuerstrafrecht	1527
I. Allgemeines	1527
II. Anfangsverdacht	1528
1. Amtsprüfstelle	1529
2. Außendienste	1530
3. Vollstreckung	1531
4. Mitteilungen Privater	1532
5. Mitteilungen staatlicher Stellen	1532
III. Ermittlungsverfahren in Steuerstrafsachen	1533
1. Einleitung	1534
2. Bußgeld- und Strafsachenstelle	1536
3. Steuerfahndung	1539
4. Staatsanwaltschaft	1543
5. Steuergeheimnis und seine Überwindung	1547
6. Rechtsschutz	1550
IV. Gerichtliches Verfahren in Steuerstrafsachen	1551
1. Beteiligung der Finanzbehörde	1551
2. Anforderungen an die Urteilsbegründung	1552
3. Verwertbarkeit von „Steuerdaten-CDs“	1553
V. Verfahren bei Selbstanzeige	1554
1. Allgemeines	1554
2. Eindeutig wirksame Selbstanzeige	1555
3. Gestufte Selbstanzeige bzw. Teilselbstanzeige	1555
4. Verhältnis zum Besteuerungsverfahren	1556
5. Streit über Wirksamkeit der Selbstanzeige	1556
6. Verfahrenseinstellung gemäß § 398a AO	1557
VI. Amtshilfe in Steuersachen	1559
1. Rechtsgrundlagen	1559
2. Durchführung	1561

VII. Verständigungen	1563
1. Verständigung im Strafverfahren	1564
2. Verständigung im Besteuerungsverfahren	1565
3. Kooperative Gesamtbereinigung	1565
E. Rechtsfolgen der Steuerhinterziehung	1566
I. Strafrecht	1566
II. Berufsrecht	1568
III. Steuerschuld- und -verfahrensrecht	1569
F. Ausblick	1570
 22. Kapitel. Internationales Steuerrecht und Steuerhinterziehung	
A. Einführung	1575
I. Begriff des Internationalen Steuerrechts, Rechtsquellen	1575
II. Internationale Steuergestaltung	1576
III. Internationale Steuergestaltung und Steuerstrafrecht	1577
IV. Aktuelle Entwicklungen	1579
B. Ansässigkeit natürlicher Personen	1580
I. Steuerliches Gestaltungsziel	1580
II. Materiell-steuerrechtliche Voraussetzungen	1581
1. Steuerpflicht in Deutschland	1581
2. Ansässigkeit	1581
3. Außensteuergesetz (AStG)	1582
4. Ansässigkeit nach Doppelbesteuerungsabkommen und der Sonderfall Schweiz	1584
III. Typische Hinterziehungskonstellationen	1586
1. Doppelansässigkeit	1586
2. Wohnsitzverlagerung	1588
C. Funktionsverlagerung in ausländische Konzerngesellschaften	1589
I. Steuerliche Anerkennung als im Ausland ansässige Gesellschaft	1589
1. Steuerliches Gestaltungsziel	1589
2. Materiell-steuerrechtliche Voraussetzungen	1589
3. Typische Hinterziehungskonstellationen	1594
II. Funktionsverlagerungen und Verrechnungspreise	1595
1. Einführung und steuerliches Gestaltungsziel	1595
2. Voraussetzung der steuerlichen Anerkennung einer Funktionsverlagerung	1596
3. Steuerliche Auswirkungen der Funktionsverlagerung	1596
4. Hinzurechnungsbesteuerung	1601
5. Anwendungsbeispiele von Funktionsverlagerungen	1601
6. Typische Hinterziehungskonstellation	1604
III. Sonderfall Kapitalanlage (und andere passive Einkünfte) im Konzern	1605
1. Steuerliches Gestaltungsziel	1605
2. Materiell-steuerrechtliche Voraussetzungen	1606
D. Umsatzsteuer	1609
I. Wirkungsweise eines Umsatzsteuerkarussells	1609
II. Kontrollmöglichkeiten der Finanzverwaltung	1610
III. Strafbarkeit der Umsatzsteuerhinterziehung	1612
E. Internationale Tax Compliance	1614
I. Implementierung eines Tax-Compliance-Management-System	1615
II. OECD-Leitsätze	1616

III. Automatischer Informationsaustausch und FATCA	1617
1. Globaler Standard für den Automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA)	1617
2. Foreign Account Tax Compliana Act (FATCA)	1617
3. Steuerumgehungsbekämpfungsgesetz – StUmgBG	1618
IV. Meldungen über Beteiligungen im Sinne von § 138 AO	1619
V. Novum: DAC 6 – Meldepflichten für grenzüberschreitende Steuergestaltungen	1620

23. Kapitel. Zollstraftaten

A. Allgemeines	1628
B. Aufgaben, Befugnisse und Organisation der Zollverwaltung	1628
I. Allgemeines	1628
II. Einnahmenverwaltung	1629
III. Verbote und Beschränkungen	1629
IV. Schwarzarbeitsbekämpfung	1630
V. Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung	1630
VI. Überwachungsaufgaben	1630
1. Überwachung des Warenverkehrs	1631
2. Besonderheiten für Zölle und Einfuhrumsatzsteuern	1631
3. Besonderheiten für Verbrauchsteuern	1631
4. Besonderheiten in anderen Fällen	1632
5. Steuerprüfung	1633
VII. Strafverfolgung	1633
VIII. Verhältnis zwischen Überwachungs- und Ermittlungsaufgaben	1635
IX. Behördenzusammenarbeit	1636
1. Nationale Zusammenarbeit	1636
2. Innereuropäische Zusammenarbeit	1637
3. Internationale Zusammenarbeit	1638
X. Eilzuständigkeit für die allgemeine Gefahrenabwehr	1639
XI. Organisation der Zollverwaltung	1639
C. Einfuhrabgabenrechtliche Grundlagen	1640
I. Rechtsquellen	1641
II. Waren	1642
III. Zollrechtlicher Status einer Ware	1642
IV. Zollgebiet	1643
V. Verbringen in das Zollgebiet	1643
VI. Verbringen aus dem Zollgebiet	1643
VII. Zollverfahren	1644
1. Überlassung zum zollrechtlich freien Verkehr	1644
2. Besondere Verfahren	1644
3. Ausfuhr	1645
VIII. Zollschuldrechtliche Grundlagen	1645
IX. Einfuhrumsatzsteuer	1647
D. Hinterziehung von Zöllen und Einfuhrumsatzsteuer	1648
I. Allgemeines	1648
1. Verhältnis von Zollrecht und nationalem Steuerstrafrecht	1648
2. UZK-DVO und UZK-DelVO als blankettausfüllendes Recht	1649
3. Verletzung eigener Angabepflichten als Tatbestandsvoraussetzung ...	1651
4. Erlöschen der Zollschuld und Strafbarkeit	1652

II. Delikte beim Verbringen von Waren in das Zollgebiet	1653
1. Verbringen	1653
2. Summarische Eingangsanmeldung	1653
3. Beförderungspflicht	1654
III. Entziehen aus der zollamtlichen Überwachung	1655
1. Verfahrensrecht	1655
2. Steuerschuldrecht	1656
3. Steuerstrafrecht	1657
IV. Delikte bei der Einfuhrgestellung	1657
1. Verfahrensrecht	1657
2. Steuerschuldrecht	1661
3. Steuerstrafrecht	1661
V. Delikte während der vorübergehenden Verwahrung	1667
VI. Delikte bei der Zollanmeldung	1669
1. Verfahrensrecht	1669
2. Steuerschuldrechtliche Grundlagen	1673
3. Begehungsformen	1673
VII. Delikte im Postverkehr	1678
VIII. Delikte im Versandverfahren	1681
1. Externes Versandverfahren	1681
2. Internes Versandverfahren	1684
IX. Delikte im Zusammenhang mit Zolllagern	1685
1. Verfahrensrecht	1685
2. Steuerschuldrecht	1687
3. Steuerstrafrecht	1687
X. Delikte im Zusammenhang mit Freizonen	1688
XI. Delikte bei der vorübergehenden Verwendung	1689
1. Verfahrensrecht	1690
2. Steuerschuldrecht	1691
3. Steuerstrafrecht	1692
XII. Delikte bei der Endverwendung	1694
1. Verfahrensrecht	1694
2. Steuerschuldrecht	1695
3. Steuerstrafrecht	1696
XIII. Delikte bei der Veredelung	1696
1. Aktive Veredelung	1697
2. Passive Veredelung	1698
XIV. Delikte beim Verbringen von Waren aus dem Zollgebiet	1699
XV. Delikte bei der Truppenverwendung	1702
XVI. Weitere Begehungsformen	1705
1. Vorgespiegelte Erstattungs-, Erlass- und Erlöschensgründe	1705
2. Erschleichen von Bewilligungen oder sonstiger Vorteile	1706
3. Verletzung der Unterrichtungspflicht (Art. 23 Abs. 2 UZK)	1707
XVII. Unverzollte Ware unklarer Herkunft	1708
E. Verbrauchsteuerrechtliche Grundlagen	1709
I. Grundgesetzliche und europarechtliche Vorgaben	1709
II. Nationales Recht	1709
III. Grundlagen der Steuerentstehung	1710
F. Hinterziehung von Verbrauchsteuern	1712
I. Allgemeines	1712
II. Einfuhrschmuggel	1712
1. Steuerschuldrecht	1713
2. Steuerstrafrecht	1714

III. Innergemeinschaftlicher Schmuggel	1714
1. Privates Verbringen	1715
2. Gewerbliches Verbringen	1716
3. Besonderheiten bei Tabakwaren	1720
IV. Delikte beim Versandhandel	1722
V. Delikte bei der Beförderung unter Steueraussetzung	1723
1. Verfahrensrecht	1723
2. Delikte bei der Verfahrenseröffnung	1724
3. Unregelmäßigkeiten	1725
VI. Steuerlagerdelikte	1727
1. Entnahme aus dem Steuerlager	1727
2. Verletzung anderer Angabepflichten	1731
3. Manipulationen der Lagerbuchhaltung	1731
VII. Weitere Begehungsformen	1732
1. Erschleichen einer Steuerlagererlaubnis	1732
2. Herstellung ohne Erlaubnis	1732
3. Delikte im Zusammenhang mit Steuerbefreiungen	1733
4. Delikte im Zusammenhang mit Entlastungen	1734
5. Besonderheiten im Energiesteuerrecht	1734
VIII. Stromsteuerhinterziehung	1737
IX. Pflichtwidriges Nichtverwenden von Steuerzeichen (§ 370 Abs. 1 Nr. 3 AO)	1738
X. Unversteuerte Ware unklarer Herkunft	1740
G. Hinterziehung anderer Steuern im Zollbereich	1740
I. Kraftfahrzeugsteuer	1741
1. Halten inländischer Fahrzeuge	1741
2. Halten ausländischer Fahrzeuge	1742
3. Widerrechtliche Benutzung von Fahrzeugen	1743
4. Oldtimerkennzeichen, rote Kennzeichen	1743
II. Luftverkehrssteuer	1744
H. Steuerhinterziehung mit Auslandsbezug	1744
I. Strafzumessung und Qualifikation	1747
I. Besonders schwere Fälle (§ 370 Abs. 3 AO)	1747
II. Qualifizierter Schmuggel (§ 373 AO)	1747
J. Konkurrenzen	1749
I. Steuerhinterziehung und andere Delikte	1749
II. Mehrere Steuerhinterziehungen	1750
K. Bannbruch	1751
I. Allgemeines	1751
II. Verbotswidrige Einfuhr, Ausfuhr oder Durchfuhr von Gegenständen ..	1751
1. Gegenstand	1751
2. Banngebiet	1751
3. Einfuhr, Ausfuhr, Durchfuhr	1752
4. Verbot	1753
5. Anderweitiger Umgang mit Verbotsgegenständen	1753
III. Sanktionsbannbruch	1754
IV. Entziehen aus der zollamtlichen Überwachung als Verbotsbannbruch ..	1755
V. Kein Verbotsbannbruch in anderen Fällen	1757
VI. Qualifikation gemäß § 373 AO	1758
VII. Bannbruch mit Auslandsbezug	1759
VIII. Konkurrenzen	1760

L. Steuerhehlerei	1760
I. Allgemeines	1760
II. Tatobjekt	1761
III. Vortat	1761
IV. Begehungsvarianten	1763
1. Erwerbshehlerei	1763
2. Absatzhehlerei	1764
3. Abgrenzung zwischen den Begehungsvarianten	1766
V. Subjektiver Tatbestand	1766
VI. Qualifikation	1768
VII. Steuerhehlerei mit Auslandsbezug	1768
VIII. Konkurrenzen	1768
1. Steuerhehlerei und Steuerhinterziehung	1768
2. Mehrere hehlerische Handlungen	1769
3. Steuerhehlerei und andere Delikte	1769
M. Steuerzeichenfälschung	1769
N. Begünstigung	1770
I. Objektiver Tatbestand	1771
II. Subjektiver Tatbestand	1772
III. Strafaufhebungsgrund § 257 Abs. 3 StGB	1772
IV. Auslandstaten	1772
V. Konkurrenzen	1773
O. Marktordnungsstraftaten	1773
P. Weitere Rechtsfragen	1774
I. Bagatelldelikte gemäß § 32 ZollVG	1774
II. Bagatelldelikte gemäß § 37 TabStG	1775
III. Nebenfolgen und Einziehung	1776
IV. Selbstanzeige	1777
V. Zollstraftaten als Vortaten der Geldwäsche	1777
Q. Außerstrafrechtliche Rechtsfolgen	1778
I. Festsetzungsverjährung	1778
II. Hinterziehungs- und Verzugszinsen	1780
III. Haftung	1781
IV. Restschuldbefreiung	1783
V. Entzug von Erlaubnissen und Bewilligungen	1783
VI. Ordnungswidrigkeiten	1784

24. Kapitel. Außenwirtschaftsstrafrecht (AWG, KWKG, CWÜAG)

A. Vorbemerkungen	1789
I. Der Begriff des Außenwirtschaftsrechts	1790
II. Übersicht der Straftaten und Ordnungswidrigkeiten nach dem AWG ..	1790
III. Übersicht der Straftaten nach dem KWKG	1791
IV. Übersicht der Straftaten nach dem CWÜAG	1791
V. Die Regelungsebenen des Außenwirtschaftsrechts	1791
1. Warenverkehr mit Rüstungsgütern/Embargos	1792
2. Warenverkehr mit sonstigen Gütern, insbesondere solchen mit doppeltem Verwendungszweck	1795
3. Dienstleistungsverkehr	1800
VI. Genehmigungen	1802

B. Straftaten nach dem AWG	1804
I. Überblick	1804
II. Gemeinsame Tatbestandsmerkmale	1804
1. Täter/Modalitäten	1804
2. Tathandlung: Zuwiderhandlung/Verstoß	1806
3. Das Verhältnis von § 17 zu § 18 AWG	1807
III. § 17 Abs. 1 AWG: Verstöße gegen Waffenembargos	1808
1. Der zugrundeliegende Verwaltungsrechtsverstoß	1808
2. Die Tatbestandsmerkmale im Einzelnen	1808
3. Insbesondere: die Modalitäten	1815
4. Die Rechtsfolge des § 17 Abs. 1 AWG	1817
5. Strafbarkeit leichtfertiger Zuwiderhandlungen, § 17 Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 5 AWG	1818
IV. § 18 Abs. 1 AWG	1819
1. Die Modalitäten im Einzelnen	1819
2. Zuwiderhandlung gegen einen unmittelbar geltenden EU-/EG- Rechtsakt	1824
3. Veröffentlichung im Amtsblatt der EG/EU	1825
4. Dienen der Durchführung einer vom Rat der Europäischen Union im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik beschlossenen wirtschaftlichen Sanktionsmaßnahme	1826
V. § 18 Abs. 2 AWG: Verstöße gegen die AWW	1827
1. § 18 Abs. 2 Nr. 1 AWG	1827
2. § 18 Abs. 2 Nr. 2 AWG	1828
3. § 18 Abs. 2 Nr. 3 AWG	1829
4. § 18 Abs. 2 Nr. 4 AWG	1829
5. § 18 Abs. 2 Nr. 5 AWG	1830
6. § 18 Abs. 2 Nr. 6 AWG	1831
7. § 18 Abs. 2 Nr. 7 AWG	1834
8. Verstoß gegen die AWW	1834
VI. Absatz 3: Verstöße gegen die Kimberley-Verordnung	1834
1. Überblick und Tatbestände	1834
2. Verstoß gegen die Kimberley-Verordnung	1836
3. Rechtsfolge	1836
VII. Absatz 4: Verstöße gegen die Anti-Folter-Verordnung	1836
1. Überblick und Tatbestände	1836
2. Verstoß gegen die Anti-Folter-Verordnung	1841
3. Rechtsfolge	1841
VIII. § 18 Abs. 5 AWG: Verstöße gegen die Dual-use-VO	1841
1. Überblick und Tatbestände	1841
2. Verstoß gegen die Dual-use-VO	1846
3. Rechtsfolge	1847
IX. § 18 Abs. 5a AWG: weitere Verstöße gegen die Anti-Folter-Verord- nung	1847
X. Qualifikationen	1848
1. Handeln für den Geheimdienst einer fremden Macht (§§ 17 Abs. 2 Nr. 1, 18 Abs. 7 Nr. 1 AWG)	1848
2. Gewerbsmäßiges Handeln (§§ 17 Abs. 2 Nr. 2 Alt. 1, 18 Abs. 7 Nr. 2 Alt. 1 AWG)	1848
3. Handeln als Mitglied einer Bande, die sich zur fortgesetzten Begehung solcher Taten verbunden hat (§§ 17 Abs. 2 Nr. 2 Alt. 2, 18 Abs. 7 Nr. 2 Alt. 2 AWG)	1848

4. Kombination der beiden vorgenannten Alternativen (§§ 17 Abs. 3, 18 Abs. 8 AWG)	1849
5. Handeln für den Geheimdienst einer fremden Macht, das sich auf die Entwicklung, Herstellung, Wartung oder Lagerung von Flugkörpern für chemische, biologische oder Atomwaffen bezieht (§ 18 Abs. 7 Nr. 3 AWG)	1849
XI. Unrechtmäßig erwirkte oder erschlichene Genehmigungen, §§ 17 Abs. 6, 18 Abs. 9 AWG	1849
XII. Erstreckung auf Auslandstaten, §§ 17 Abs. 7, 18 Abs. 10 AWG	1850
XIII. Subjektiver Tatbestand und Irrtümer	1851
XIV. Versuch	1852
XV. Verjährung	1852
XVI. Konkurrenzen	1852
C. Ordnungswidrigkeiten nach dem AWG	1853
I. Überblick und Tatbestände	1853
1. § 19 Abs. 1 AWG	1853
2. § 19 Abs. 2 AWG	1854
3. § 19 Abs. 3 AWG	1854
4. § 19 Abs. 4 AWG	1856
5. § 19 Abs. 5 AWG	1856
II. Rechtsfolge	1857
III. Verjährung	1857
IV. Konkurrenzen bei allen Tatbeständen	1857
V. Unterbleiben der Verfolgung als Ordnungswidrigkeit gemäß § 22 Abs. 4 AWG	1857
1. Überblick	1857
2. Tatbestand	1858
3. Rechtsfolge	1859
D. Straftaten nach dem KWKG	1859
I. Einführung	1859
II. Übergreifende Merkmale der Tatbestände: die strafbaren Modalitäten ..	1860
1. Verbringen	1860
2. Einfuhr	1861
3. Ausfuhr	1861
4. Durchfuhr durch das Bundesgebiet	1862
5. Handeltreiben	1862
6. Beförderung mit Schiff oder Flugzeug	1863
7. Vermittlung eines Vertrags, Nachweis einer Gelegenheit hierzu oder Abschluss eines Vertrags	1863
III. § 19 KWKG: Strafvorschriften gegen Atomwaffen	1863
IV. § 20 KWKG: Strafvorschriften gegen biologische und chemische Waffen	1865
V. § 20a KWKG: Strafvorschriften gegen Antipersonenminen und Streumunition	1866
VI. § 22a Abs. 1 Nr. 4 KWKG: Strafvorschriften gegen die ungenehmigte Beförderung zur Verbringung	1867
VII. § 22a Abs. 1 Nr. 5 KWKG: Strafvorschriften gegen die ungenehmigte Beförderung auf Seeschiffen oder mit Luftfahrzeugen	1868
VIII. § 22a Abs. 1 Nr. 7 KWKG: Strafvorschriften gegen ungenehmigte Auslandsgeschäfte durch Vermittlung von Verträgen oder den Nachweis der Gelegenheit zum Abschluss oder eigenen Abschluss	1869
IX. Verleiten zu/Fördern einer Straftat nach dem KWKG	1869

X. Konkurrenzen	1870
XI. Einziehung	1870
E. Ordnungswidrigkeiten nach dem KWKG	1871
F. Straftaten und Ordnungswidrigkeiten nach dem CWÜAG	1871
I. Straftaten nach dem CWÜAG	1872
II. Ordnungswidrigkeiten nach dem CWÜAG	1874
G. Zuständigkeiten für die Überwachung und Verfolgung	1875

Ermittlungs- und Strafverfahren

25. Kapitel. Internationale Rechtshilfe

Vorbemerkung	1884
A. Rechtshilfe in strafrechtlichen Angelegenheiten	1884
I. Strafrechtliche Angelegenheiten	1884
II. Rechtshilfe	1886
B. Rechtshilfe als Teil international arbeitsteiliger Strafverfolgung	1888
I. Rechtshilfe im Zusammenspiel verschiedener Rechtsordnungen	1888
II. International abgestimmtes Vorgehen	1890
III. Checkliste zu Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit eines Rechtshilfeersuchens	1894
C. Rechtsquellen	1895
I. Grundstrukturen und Hilfsmittel	1895
II. Rechtsquellen im globalen Netzwerk	1898
1. Auslieferung	1898
2. Vollstreckungshilfe	1906
3. Sonstige Rechtshilfe	1911
III. Rechtsquellen des nationalen Rechtshilferechts	1923
1. Das Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen	1923
2. Zuständigkeitsvereinbarung und Übertragung auf das Bundesamt für Justiz	1924
3. Richtlinien für den Verkehr mit dem Ausland in strafrechtlichen Angelegenheiten (RiVAST)	1925
4. Fahndungsbestimmungen	1926
D. Notwendigkeit und Sinn eines Rechtshilfeersuchens	1926
I. Nichtgenehmigungsbedürftige grenzüberschreitende Befugnisse	1926
1. Unmittelbares Hineinwirken in das Ausland	1926
2. Eilmaßnahmen	1929
II. Befugnisse von Auslandsvertretungen	1929
III. Rechtshilfe und konkurrierende Strafverfolgungszuständigkeiten	1929
1. Voraussetzungen der Verfolgungsübernahme	1929
2. Folgen der Verfolgungsübernahme, ne bis in idem	1930
IV. Verhältnismäßigkeit, auch von Aufwand und Ertrag	1937
E. Das Ersuchen um Rechtshilfe (iwS)	1937
I. Verfasser des Ersuchens	1937
1. Fahndung und Auslieferung	1937
2. Sonstige Rechtshilfe	1938
II. Form und Inhalt des Ersuchens	1941
III. Geschäftsweg	1942
1. Unmittelbarer Geschäftsweg	1942
2. Konsularischer, ministerieller und diplomatischer Geschäftsweg	1942

IV. Notwendige Einschaltung weiterer Behörden	1943
1. Exekutive Bewilligung	1943
2. Bewilligungs- und Prüfungsbehörde	1945
F. Voraussetzungen und Grenzen der Rechtshilfe	1946
I. Allgemeine Voraussetzungen	1946
II. Besonderheiten für Fiskaldelikte	1950
1. Auslieferung	1950
2. Sonstige Rechtshilfe	1950
III. Spezifische Voraussetzungen für einzelne Maßnahmen	1951
1. Durchsuchung, Beschlagnahme und Herausgabe	1951
2. Vernehmungen	1953
IV. Grenzen der Rechtshilfenutzung, Spezialität	1957
1. Auslieferung	1957
2. Sonstige Rechtshilfe	1959
G. Ausgewählte Länderspezifika	1960
I. Schengenstaaten	1960
II. Besonderheiten der Schweiz	1960
1. Allgemeines	1960
2. Fiskalische Delikte	1961
3. Der Schweizer Spezialitätsvorbehalt	1963
III. Liechtenstein	1964
IV. Vereinigtes Königreich und Irland	1965
V. Mittel- und Osteuropa	1966
VI. Vereinigte Staaten und Kanada	1966
VII. Steueroasen in Übersee	1968
VIII. Asien und Ozeanien	1968

26. Kapitel. Ausgewählte Besonderheiten des Ermittlungsverfahrens

A. Durchsuchung und Beschlagnahme	1970
I. Beschlagnahme in Wirtschaftsstrafsachen – Beschlagnahmeverbot gemäß § 97 StPO	1970
1. Personenkreis im Sinne der §§ 52 ff. StPO	1971
2. Beschlagnahmefreie Gegenstände gemäß § 97 Abs. 1 StPO	1977
3. Unterlagen von Ander-/Treuhandkonten	1978
4. Einschränkungen des Beschlagnahmeprivilegs	1980
5. Beschlagnahme von Unterlagen beim Syndikusanwalt	1986
II. Entbindung von der Schweigepflicht	1986
1. Vorbemerkung	1986
2. Entbindung von der Schweigepflicht durch den Insolvenzverwalter ..	1987
3. Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht im Zusammenhang mit dem beschuldigten Geschäftsführer einer GmbH – Juristische Personen als Mandanten eines Zeugnisverweigerungs- berechtigten	1988
III. Zufallsfunde	1990
IV. Folgen des Beschlagnahmeverbots	1991
V. Beschlagnahme von Behördenakten gemäß § 96 StPO	1991
VI. Verwertbarkeit von „Steuerdaten-CDs“	1992
B. Einzelfragen der Akteneinsicht	1993
I. Rechtsweg gegen die Versagung der Akteneinsicht des Beschuldigten im Ermittlungsverfahren	1993
II. Akteneinsichtsrecht im Ausgangsverfahren nach Verfahrenstrennung ...	1994

III. Anhörung des Beschuldigten vor Erteilung der Akteneinsicht an den Verletzten	1994
C. Einzelfragen der Zeugenanhörung	1995
I. Zeugnisverweigerungsrecht eines Notars und seines Gehilfen gem. §§ 53 Abs. 1 S. 1 Nr. 3, 53a StPO bei amtspflicht- und gesetzeswidriger Umsetzung eines dem Notar erteilten Auftrags	1995
II. Auskunftsverweigerungsrecht eines Zeugen (§ 55 StPO)	1997
1. bei Vorliegen eines rechtskräftigen Urteils	1997
2. bei fehlender Rechtskraft hinsichtlich Straf- bzw. sonstigen Rechtsfolgeausspruchs	1998
3. bei Vorliegen eines rechtskräftigen Freispruchs	1999
III. Fragebögen an Zeugen zur Sachverhaltsaufklärung im Rahmen des Ermittlungsverfahrens	1999
D. Verwertbarkeit von Angaben im Insolvenzverfahren gemäß § 97 InsO	2000
E. Verbot des Selbstbelastungszwangs im Steuerstrafverfahren	2003
I. Problemstellung	2003
II. Recht zur Lüge?	2004
III. Verpflichtung zur Abgabe von Steuererklärungen für nachfolgende Besteuerungszeiträume oder Verwendungsverbot?	2005
IV. Einschränkende Auslegung des Verwendungsverbots bei Selbstanzeige gemäß § 371 AO	2006
V. Verpflichtung die Einkünfte betragsmäßig offen zu legen?	2008

27. Kapitel. Besonderheiten im Strafverfahren

A. Vorbemerkung	2013
B. Beweisantragsrecht	2013
I. Verfassungsrechtliche Anbindung des Beweisantragsrechts	2013
II. Das Verhältnis zur Aufklärungspflicht nach § 244 Abs. 2 StPO	2014
III. Der Begriff des Beweisantrags	2015
1. Beweisanträge außerhalb der Hauptverhandlung	2015
2. Die Rechtsprechung	2016
3. Definition	2017
IV. Formelle Anforderungen und Verfahren	2017
1. Antragsberechtigung und gemeinsame Antragstellung	2017
2. Ausschluss der Antragsberechtigung und Rechtsmissbrauch	2017
3. Form und Protokollierung – Anordnung nach § 257a StPO	2019
4. Zeitpunkt der Antragstellung	2020
5. Zurücknahme und Verzicht	2021
V. Der bedingte Beweisantrag	2021
1. Klassifizierungsansätze	2021
2. Der Hilfsbeweisantrag	2023
3. Der Eventualbeweisantrag	2026
VI. Die inhaltlichen Anforderungen an das Beweisbegehren	2026
1. Die Behauptung der Beweistatsache	2026
2. Die Angabe des Beweismittels	2035
VII. Beweisanregung, Beweisermittlungsantrag und Scheinbeweisantrag	2038
1. Beweisanregung und Beweiserbieten	2038
2. Beweisermittlungsantrag	2039
3. Scheinbeweisantrag und Missbrauch des Beweisantragsrechts	2040
VIII. Die Entscheidung über den Beweisantrag	2042
1. Die Anordnung der Beweisaufnahme	2042
2. Die Ablehnung des Beweisantrags durch Gerichtsbeschluss	2042

IX. Die Ablehnung des Beweisantrags	2044
1. Das Verbot der Beweisantizipation	2044
2. Unzulässigkeit der Beweiserhebung gemäß § 244 Abs. 3 S. 1 StPO ..	2046
3. Die Ablehnungsgründe des § 244 Abs. 3 S. 2 StPO	2047
4. Ablehnung des Sachverständigenbeweises nach § 244 Abs. 4 StPO ..	2061
5. Ablehnung des Augenscheinsbeweises nach § 244 Abs. 5 S. 1 StPO ..	2063
6. Die Ablehnung eines Auslandszeugen nach § 244 Abs. 5 S. 2 StPO ..	2064
7. Die Fristsetzung bei Beweisanträgen nach § 244 Abs. 6 S. 2 und 3 StPO	2065
28. Kapitel. EDV-Beweissicherung	
A. Einführung	2071
I. Einleitung	2071
II. Bedeutung der EDV-Beweissicherung	2074
1. Bedeutung des Ermittlungsverfahrens	2074
2. Grenzen der Auslegung	2074
3. Einteilung der Zugriffsrechte	2076
III. Personelle und organisatorische Maßnahmen bei Staatsanwaltschaften und Gerichten	2076
B. Einzelne Zwangsmaßnahmen	2078
I. Durchsuchungen im EDV-Bereich	2078
1. Betroffener Personenkreis	2079
2. Inbetriebnahme fremder EDV-Anlagen	2081
3. Nutzung fremder Programme	2083
4. Reichweite der Durchsuchungsbefugnisse	2083
5. Durchsuchungen mit Auslandsbezug	2086
6. Planung und Vollzug von Zwangsmaßnahmen	2089
7. Durchsicht der Papiere	2094
II. Beschlagnahme von Computerdaten	2094
1. Gegenstände als Beweismittel	2095
2. Potentielle Beweisbedeutung	2096
3. Formen der Sicherstellung	2097
4. Beschlagnahmeverbote	2098
5. Postbeschlagnahme	2100
6. Rasterfahndung	2102
7. Durchführung der Sicherstellung und Auswertung von EDV- Unterlagen	2103
III. Strafprozessuale Mitwirkungspflichten	2104
1. Zeugenpflicht	2105
2. Editionspflicht (§ 95 StPO)	2107
IV. Eingriffe in die Telekommunikation	2109
1. Überwachung der Telekommunikation (§ 100a StPO)	2111
2. Auskunftsanspruch bzgl. Verkehrsdaten (§ 100g StPO)	2126
3. Auskunftersuchen gem. § 112 TKG sowie § 100j StPO und §§ 14, 15 TMG	2145
4. Einsatz des IMSI-Catchers (§ 100i StPO)	2148
5. Planung und Durchführung von Eingriffen	2149
C. Ermittlungen im Internet	2150
I. „Polizeistreifen“ in Datennetzen	2151
II. Online-Zugriff auf fremde Daten	2152
1. Abgrenzung von Gefahrenabwehr und Strafverfolgung	2154
2. Strafprozessuale Rechtsgrundlagen	2155
III. Einsatz sonstiger neuer technischer Mittel	2160

D. Ermittlungen mit Auslandsbezug	2161
I. Einzelne Ermittlungsbefugnisse	2161
II. Verwertung von Beweismitteln	2164
E. Zugriff auf verschlüsselte Daten	2165
I. Methoden der Datenverschlüsselung	2166
II. Bekanntgabe von Verschlüsselungsmechanismen	2167
F. Zusammenfassung und Ausblick	2168

29. Kapitel. Verständigung

Vorbemerkung	2173
A. Einführung	2174
I. Allgemeine Bemerkungen	2174
II. Der Standpunkt des Bundesgerichtshofs bis zum Inkrafttreten des Gesetzes	2176
III. Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts	2177
IV. Die „Wächterfunktion“ der Staatsanwaltschaft	2180
V. Kurzübersicht zur Gesetzesentstehung	2181
B. Die gesetzliche Regelung	2181
I. Überblick	2181
II. Anwendungsbereich des Gesetzes	2182
III. Die einzelnen Verfahrensabschnitte	2183
1. Ermittlungsverfahren	2183
2. Zwischenverfahren	2186
3. Hauptverfahren	2188
4. Protokoll und Urteil	2205
5. Rechtsmittel und Wiedereinsetzung	2208
IV. Ordnungswidrigkeitenverfahren, (§ 78 Abs. 2 OWiG)	2211

30. Kapitel. Finanzermittlungen, Vermögenssicherung, Opferentschädigung

A. Einleitung	2215
I. Geschichtliche Entwicklung	2215
B. Materielle Rechtsgrundlagen der Vermögensabschöpfung gem. §§ 73, 73a–73e, § 76a Abs. 4 StGB	2215
I. Rechtsnatur und Zweck	2215
II. Einziehung von Taterträgen bei Tätern und Teilnehmern, § 73 StGB ..	2216
1. Begriffsbestimmung: Durch die Tat oder für die Tat etwas erlangt ..	2216
2. Bestimmung des Wertes des Erlangten, § 73d Abs. 1 StGB	2217
3. Schätzung von Umfang, Wert und abzuziehenden Aufwendungen, § 73d Abs. 2 StGB	2220
4. Nutzungen gemäß § 73 Abs. 2 StGB	2220
5. Surrogate gemäß § 73 Abs. 3 StGB	2220
III. § 73c StGB Einziehung des Wertes von Taterträgen	2221
1. Übersicht	2221
2. Anwendungsfälle	2221
IV. § 73a StGB Erweiterte Einziehung von Taterträgen bei Tätern und Teilnehmern	2223
V. Einziehung von Taterträgen bei anderen, § 73b StGB	2225
1. Struktur	2226
2. „Vertretungsfall“ nach § 73b Abs. 1 Ziffer 1 StGB	2226
3. „Verschiebungsfälle“	2227
4. „Nachlassfälle“	2228

5. Fälle der mehrfachen Verschiebung	2229
6. Verschiebungsfälle, die einen Straftatbestand erfüllen	2229
7. Erfüllungsfälle gem. § 73b Abs. 1 S. 2 StGB	2230
8. Einziehung von Nutzungen beim Anderen, § 73b Abs. 2 StGB	2230
9. Einziehung von Surrogaten bei Anderen, § 73b Abs. 3 StGB	2230
C. Verfahrensvorschriften zur vorläufigen Vermögenssicherung nach §§ 111b ff. StPO	2232
I. Sicherung des Anspruchs auf Einziehung durch Beschlagnahme gem. § 111b Abs. 1 StPO	2233
1. Verfahren bei der Anordnung der Beschlagnahme nach § 111j StPO	2234
2. Kompetenz zur Einleitung und Durchführung der Vollstreckungsmaßnahmen bei der Beschlagnahme nach §§ 111k und 111c StPO	2234
3. Wirkung der Vollziehung der Beschlagnahme nach § 111d StPO ...	2236
II. Sicherung des Anspruchs auf Wertersatzeinziehung durch Vermögensarrest nach § 111e StPO	2236
1. Anordnung des Vermögensarrestes nach § 111e StPO	2236
2. Verfahren bei der Anordnung des Vermögensarrestes nach § 111j StPO	2237
3. Kompetenz zur Einleitung und Durchführung der Vollziehungs- maßnahmen beim Vermögensarrest nach § 111k StPO	2237
4. Wirkung der Vollziehung des Vermögensarrestes nach § 111h StPO	2238
III. Mitteilungen der Staatsanwaltschaft an Verletzte(n) bei Beschlagnahme und Vermögensarrest gem. § 111l StPO	2238
IV. Herausgabe	2239
1. Herausgabe beweglicher Sachen als Beweismittel oder als Einziehungsgegenstand gem. § 111n StPO	2239
2. Verfahren bei der Herausgabe beweglicher Sachen gem. § 111o StPO (Kompetenzverteilung zwischen Staatsanwaltschaft und Gericht)	2240
D. Opferentschädigung	2240
I. Opferentschädigung bei Einziehung von Taterträgen	2241
1. Entschädigung des Verletzten oder dessen Rechtsnachfolger bei Einziehung des Taterlangens gem. § 459h Abs. 1 StPO	2241
2. Verfahren bei Rückübertragung und Herausgabe gem. § 459j StPO ..	2242
II. Opferentschädigung bei Einziehung des Wertes von Taterträgen	2242
1. Entschädigung des Verletzten bei Einziehung des Wertersatzes gem. § 459h Abs. 2 StPO	2242
2. Verfahren bei Auskehrung des Verwertungserlöses gem. § 459k StPO	2242
III. § 459l StPO Ansprüche des Betroffenen	2243
 31. Kapitel. Verteidigung in Wirtschaftsstrafsachen	
A. Stellung und Funktion des Verteidigers in Wirtschaftsstrafsachen	2246
I. Berufsauftrag des Strafverteidigers	2246
II. Verteidigung in Wirtschaftsstrafsachen und Medien	2248
III. Die Sockelverteidigung	2251
IV. Die Unternehmensvertretung	2252
B. Verteidigung im Ermittlungsverfahren	2256
I. Vorbemerkung	2256
II. Aktivitäten des Verteidigers im Ermittlungsverfahren	2257
1. Beratung des Mandanten	2257
2. Erste Aktivitäten des Verteidigers	2258
3. Akteneinsicht	2260

4. Abgabe einer Stellungnahme	2265
5. Eigene Ermittlungen des Verteidigers	2267
III. Verteidigung bei Durchsuchung und Beschlagnahme	2267
1. Verhaltensmaßregeln bei Durchsuchungen	2267
2. Aufgaben des Verteidigers im Rahmen von Durchsuchungen	2271
3. Anfechtung rechtswidriger Durchsuchungsbeschlüsse	2274
IV. Erledigungsmöglichkeiten im Ermittlungsverfahren	2275
C. Verteidigung im Zwischenverfahren	2277
D. Verteidigung im Hauptverfahren	2279
I. Vorbereitung der Hauptverhandlung	2279
II. Verteidigungsstrategien in der Hauptverhandlung	2280

32. Kapitel. Der Geschädigte in Wirtschaftsstrafsachen

A. Begriffsbestimmungen	2285
I. Geschädigter, Opfer, Verletzter	2285
II. Schlussfolgerungen	2288
B. Geschädigter und Geschädigtenvertreter	2289
C. Die Zeugenvernehmung des Geschädigten	2290
I. Der Verletzte als Beweismittel und Prozesssubjekt zugleich	2290
II. Befugnisse nach § 406f Abs. 1 StPO	2291
III. Befugnisse nach § 406f Abs. 2 StPO	2291
D. Die Strafanzeige	2292
I. Entscheidung über die Anzeigeerstattung	2292
II. Form und Inhalt der Strafanzeige	2294
III. Weiteres Vorgehen nach der Anzeigeerstattung	2295
E. Informationsrechte	2296
I. Übersicht	2296
II. Akteneinsicht, § 406e StPO	2297
1. Voraussetzungen	2297
2. Verfahren	2301
III. Pflichtgemäße Mitteilung nach § 406d StPO	2302
F. Anwesenheits- und Teilnahmerechte	2303
G. Private Ermittlungen des Geschädigten	2305
I. Übersicht	2305
II. Rechtlicher Rahmen	2307
1. Hergebrachte Fragen privater Ermittlungen des Geschädigten	2307
2. Weitere Fragen der „Privatisierung der Strafverfolgung“	2309
III. Praxishinweise	2310
H. Strafprozess und Schadenswiedergutmachung	2311
I. Übersicht	2311
II. Einstellung nach § 153a Abs. 1 S. 2 Nr. 1 StPO	2312
III. Einziehung und Opferentschädigung nach neuem Recht	2312
IV. Täter-Opfer-Ausgleich nach § 46a StGB	2313
V. Adhäsionsverfahren nach §§ 403 ff. StPO	2314
1. Bedeutung	2314
2. Vorteile	2315
3. Voraussetzungen	2315
4. Entscheidung	2318
5. Rechtsmittel des Antragstellers	2319
VI. Bewährungsaufgabe nach §§ 59, 59a Abs. 2 Nr. 1 StGB	2319
VII. Möglichkeiten nach dem Urteil	2319
VIII. Sonstiges	2320